# Leben mit und gegen die deutsche Teilung. Hannes Schwenger* und Manfred Wilke im Gespräch

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

*Hannes Schwenger (H. S.): Für Robert Havemanns politische Biografie, die du 1978 herausgegeben hast, war es sicher nicht schwierig, einen passenden Titel zu finden. Sie hieß: „Ein deutscher Kommunist". Aber was machen wir mit Manfred Wilke und seiner Biografie? Du hast ja den Eintritt in die KPD sozusagen knapp verpasst, warst lange Jahre Gewerkschafter und Sozialdemokrat und bist jetzt in der CDU. Ein Weg, der scheinbar von links nach rechts führt, wenn man in den klassischen Koordinaten der politischen Himmelsrichtungen bleiben will. Aber die sind ja gerade in unserer Lebenszeit und durch unsere politischen Erfahrungen ins Wanken geraten.*

Manfred Wilke (M. W.): Havemanns Biografie ist ein Beispiel für viele gebrochene deutsche Lebensläufe des 20. Jahrhunderts, sie ist von extremen Einschnitten und Neuanfängen gekennzeichnet. Als ich diesen Band 1977 auf den Weg brachte, stand Havemann unter Hausarrest und war in der DDR Staatsfeind Nr. 1.

Meine Biografie ist viel undramatischer: Als der Krieg im April 1945 im nordhessischen Dorf Körle mit der Besetzung durch die amerikanische Armee zu Ende ging, war ich drei Jahre alt. Sechs Lebensjahre wuchs ich vaterlos heran, behütet von meiner Mutter Anna Wilke und meiner Großmutter Katharina Elisabeth Schneider, der starken Frau der Familie. In meiner Kindheit und Jugend in einer Handwerkerfamilie – mein Großvater Karl Schneider und mein Vater Heinrich Wilke waren Metzgermeister – war ich mit der Erbschaft des Krieges und der nationalsozialistischen Diktatur konfrontiert. Beides hatte in den mich umgebenden Menschen unauslöschliche Spuren hinterlassen. Meine Kindheit verbrachte ich in einem besetzten Land. In einer meiner ersten Kindheitserinnerungen wird mein gerade nach Hause gekommener Onkel Heinrich Schneider von den Amerikanern „abgeholt", sprich: festgenommen. Er war bei der Besatzungsmacht als ehemaliger HJ-Aktivist denunziert worden. Wie konnten wir uns in diesem Land nun zurechtfinden, in dem die Erzählungen Zuhause über Hitlers Regime, den Krieg und die öffentlichen Verurteilungen auseinander klafften? Ich glaube, dass ich auf der Suche nach Orientierung, klaren Bildern und Erklärungen für das, was in Deutschland geschehen war, die Themen fand, die meine politische und wissenschaftliche Biografie prägen sollten.

---

* Hannes Schwenger, Dr. phil., Jg. 1941, ist als Verleger, Schriftsteller und Journalist in Berlin tätig, von 1996 bis 2004 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsverbund SED-Staat, zuletzt für deren Studie im Auftrag der ARD über die rundfunkbezogenen Aktivitäten des MfS.

*H. S.: Aber es fällt doch auf, dass unter den Leitsternen und Leitfiguren, die dich von Anfang an und bis in deine wissenschaftliche Laufbahn hinein begleitet haben, Kommunisten der Bundesrepublik gewesen sind. Ich denke an Karl Ludwig, der in deiner Habilitationsschrift genannt wird, ebenso wie Herbert Kuehl oder Karl Grigat. Was waren das für Menschen und warum konnten sie für dich zu Leitfiguren in einer Zeit werden, in der Kommunisten in der Bundesrepublik geradezu selten wurden?*

M. W.: Das will ich erklären. Mein politischer Weg begann 1960/61. An seinem Anfang stand ein Gespräch mit Karl Grigat über Hitler. Der Arbeiter hatte 1925 in unserem Dorf die KPD gegründet. Grigat war der erste, der mich über das Regime, seinen Krieg, seine Aktivisten und Mitläufer aufklärte. Sein Unterrichtsmaterial war das Dorf unterm Hakenkreuz. Er erzählte auch von der Hoffnung, die ihm Moskauer und Londoner Sender während des Krieges gaben, als sich nach Stalingrad das Kriegsglück wendete und das Kriegsende und die Befreiung von der Nazi-Diktatur näher rückten. Ich begann zu begreifen, warum unser Land diesen Krieg zwangsläufig hatte verlieren müssen und ahnte, warum die Kriegsgeneration schwieg und sich und uns, ihren Kindern, die Frage nicht beantworten konnte, wofür sie gekämpft und in Gefangenschaft gelitten hatte und wofür ihre Kameraden gestorben waren. Grigat war es auch, der mir den Weg zu den Gewerkschaften wies und mich veranlasste, 1960 als Lehrling in die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen einzutreten. Im Kasseler DGB-Haus lernte ich auch den IG-Metall-Vertrauensmann Karl Ludwig kennen, der Mitglied der verbotenen KPD war, was allgemein bekannt war. Mit ihm begann meine Ausbildung zum Gewerkschafter.

*H. S: Wir sind jetzt doch schnell über die fünfziger Jahre hinweggesprungen. Ich kann mir aber vorstellen, dass jene Ereignisse, die mich in meiner eigenen Kindheit als erste politisch beeindruckt haben, wie der 17. Juni und die Ungarn-Revolution, auch nicht spurlos an dir vorbeigegangen sein können. Hast du das auch schon wahrgenommen und hat es deinen politischen Weg beeinflusst? Oder ist eigentlich erst der erwähnte Bruch Anfang der sechziger Jahre in deiner eigenen politischen Biografie wirksam geworden?*

M. W.: Den 17. Juni 1953 habe ich sehr bewusst wahrgenommen. An diesem Tag war ich nicht vom Radio fernzuhalten und habe sowohl die kurzzeitige Hoffnung, dass diese Volkserhebung gelingt, als auch ihre rasche Niederschlagung durch die sowjetische Besatzungsmacht schmerzhaft mitverfolgt. Ebenso habe ich mich für die ungarische Revolution 1956 interessiert. Aber beide Ereignisse hatten noch den Charakter politischer Katastrophen, die ich aufmerksam registrierte, die aber noch folgenlos blieben für meinen eigenen politischen Weg. Ein weiteres Ereignis, das ich verfolgte, war übrigens der Sieg der kubanischen Revolution unter Fidel Castro 1959.

*H. S.: Wie haben deine kommunistischen Lehrmeister in der Arbeiterbewegung auf die ja damals nicht lange zurückliegenden Ereignisse des 17. Juni und der ungarischen Revolution reagiert? Wurde das verschwiegen, haben sie das verborgen, wollten sie darüber nicht sprechen?*

M. W.: Nein, meine Gesprächspartner waren Arbeiter, deren Themen sich unmittelbar auf ihre Lebenslage bezogen. Solche historischen Ereignisse waren kein Thema.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Der erste Konflikt entzündete sich 1961, als es um die Frage ging: Unterschreibst du den Solidaritätsaufruf des DGB für die Freilassung von Heinz Brandt oder nicht? Karl Ludwig warnte, es nicht zu tun. Die DDR habe mitgeteilt, Brandt sei ein überführter Agent und für Agenten gäbe es keine Solidarität. Doch ich habe unterschrieben. In der Person Heinz Brandt kam der 17. Juni in mein eigenes politisches Leben zurück. Denn er war der Bote der Berliner SED-Bezirksleitung am 16. Juni, der dem Politbüro dringend riet, den Beschluss zur Erhöhung der Arbeitsnormen sofort zu revidieren. Acht Jahre später wurde Heinz Brandt unweit meiner heutigen Wohnung vom MfS in Westberlin gekidnappt und 1962 in einem Geheimverfahren zu 13 Jahren Haft verurteilt, die durch die Solidaritätskampagne der IG Metall, des DGB und von amnesty international verkürzt wurde. An seinem ersten Arbeitstag in der Redaktion der Gewerkschaftszeitung „metall" 1964 habe ich ihn persönlich kennen gelernt. Erstmals sah ich bewusst die Sklavennummer auf dem Unterarm dieses Auschwitz-Häftlings, mit ihm blieb ich bis zu seinem Tod verbunden.[1]

*H. S.: Trat Karl Ludwig nicht 1976 aus Protest gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns schließlich doch aus der DKP aus?*

M. W.: Ja, und wir beide waren ihm behilflich, seine Begründung öffentlich zu machen. Doch zurück zum Jahr 1961, in dem ich in die SPD eintrat und vom damaligen Kreisvorsitzenden in Kassel, Holger Börner, aufgenommen wurde. Dieser Schritt war die Konsequenz einer Reihe von Diskussionen mit dem Germanisten Johannes Ernst Seiffert, der in Kassel seine Doktorarbeit über Martin Buber schrieb und mit den Trotzkisten sympathisierte. Er gab mir Leo Trotzki und B. Traven zu lesen, dessen Identität als bayerischer Rätekommunist und Anarchist Ret Marut damals noch unbekannt war. Mit Trotzkis „Geschichte der Russischen Revolution" begann mein Studium des Bolschewismus und der Sowjetunion. Gleichzeitig entdeckte ich Rosa Luxemburg; ihr visionäres Bild einer sozialistischen Zukunft wurde für viele Jahre mein Leitbild, an dem ich Politik maß: „Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, dass die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewusster, freier Selbstbestimmung lenkt."[2] Durch Seiffert fand ich Zugang zu einem linkssozialdemokratischen Zirkel, dessen Mitglieder in den Gewerkschaften und in der SPD aktiv waren. Als ich in die SPD eintrat, war der SDS gerade ausgeschlossen worden und dies traf auch den Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth. Ihn lernte ich 1963 durch Georg Schäfer kennen, der in diesem Zirkel der organisatorische Spiritus Rector war. Seine Arbeiten über die Bedeutung der Gewerkschaften für die Demokratie in der Bundesrepublik waren ebenso wie das Meisterwerk Theo Pirkers „Die blinde Macht" das theoretische Rüstzeug meiner gewerkschaftlichen Aktivitäten. Georg Schäfer gehörte in den fünfziger Jahren zu jenen Sozialdemokraten, die im Rahmen der FDGB-Westarbeit mit FDGB-Funktionären aktiv an einer innerdeutschen „Aktionseinheit" arbeiteten. Als 1959 der Kasseler ÖTV-Kreisvorsitzende Karl Eckerlin auf der Leipziger Arbeiterkonferenz mit Nikita Chruschtschow zu-

1 Siehe den Beitrag „Heinz Brandt – in Selbstzeugnissen" in diesem Band.
2 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, in: Ossip K. Flechtheim (Hg.): Rosa Luxemburg. Politische Schriften in 3 Bänden, Bd. II, Frankfurt am Main 1966, S. 161.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

sammentraf und eine flammende Rede für die Verständigung von Sozialdemokraten und Kommunisten hielt, war es Georg Schäfer, der ihn im anschließenden Ausschlussverfahren der ÖTV geschickt und erfolgreich verteidigte.

1963 eskalierte der Vietnam-Krieg und das Thema Vietnam-Solidarität bewegte uns. Wir kamen auf die Idee, im Gewerkschaftshaus in Kassel für die südvietnamesische Befreiungsfront Geld zu sammeln und den Betrag der Vertretung der Befreiungsfront in Ostberlin direkt zu übergeben. Es war mein zweiter Berlin-Aufenthalt. Die Nacht im Auto vor der Mauer am Brandenburger Tor bleibt mir für immer im Gedächtnis. Die vietnamesischen Diplomaten, die uns in Pankow empfingen, waren freundlich und sehr überrascht und nahmen die Spende entgegen.

*H. S.: Du hast dir dein Bild vom Kommunismus doch aber nicht nur von westdeutschen Kommunisten und ihrem theoretischen Erbe gemacht, sondern bist in den sechziger Jahren auch in der DDR gewesen und hast dort ein Stück ostdeutscher kommunistischer Wirklichkeit erfahren. Das ist ja auch in deine frühe politische Arbeit eingeflossen.*

M. W.: Das ist richtig. Meine Erfahrungen in und mit der DDR begannen allerdings völlig unpolitisch. 1957 gab es noch innerdeutschen Sportverkehr: Das Handballdorf Körle nahm Verbindung zu Großkorbetha bei Halle auf und es kam zu einem Freundschaftsspiel. Die Gastspieler wurden auf Körler Familien verteilt und zu uns kam Erich Schumann. Der Gegenbesuch in Großkorbetha fand noch im gleichen Jahr statt. 1960 fuhr ich dann mit meinem Bruder Gerhard für eine Woche nach Großkorbetha und wurde mit der Geschichte des 17. Juni konfrontiert, wie ihn die Familie Schumann erlebt hatte. Erich war einer der streikenden Arbeiter in Leuna gewesen, seine Schwester hatte als junge Volkspolizistin den Tag in Leipzig erlebt. Die Tragik dieses Tages wurde mir von diesen Zeitzeugen ebenso vor Augen geführt wie die bedrückende Lehre, dass die sowjetischen Truppen auch zukünftig jede Veränderung mit Gewalt verhindern würden.

Mein Berlin-Besuch 1966 war folgenreicher für mich. Seine Vorgeschichte beginnt 1965, als wir in Kassel Demonstrationen gegen die geplanten Notstandsgesetze organisierten und ein Mitglied der Zentralen Revisionskommission beim ZK der SED, Ernst Melis, in der Stadt Ausschau nach bündniswilligen jungen Sozialdemokraten hielt. Über Georg Schäfer kam ich zu einer Einladung nach Ostberlin, um dort den Aufbau des Sozialismus vor Ort zu erleben und politische Gespräche zu führen. Damals bereitete ich mich auf den Besuch der Heimvolkshochschule Hustedt bei Celle vor. Für mich war das ein Vorbereitungskurs für die Aufnahmeprüfung an der damaligen Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg 1967. Die Akademie war meine einzige Chance, ohne Abitur studieren zu können. Kurz davor fand diese Reise hinter die Mauer statt. Mit Ernst Melis debattierte ich über den Briefwechsel zwischen der SED und der SPD um den geplanten Redneraustausch in Hannover und Karl-Marx-Stadt, den die SED abgesagt hatte. Ich werde seine Reaktion nie vergessen, als ich ihm nachwies, dass die SED-Texte in der Bundesrepublik nicht verständlich sind. Er bat mich, doch selbst einen Entwurf zu schreiben. An dieser Aufgabe scheiterte ich natürlich. Weichenstellend war für mich der Besuch des Theaterstücks von Jewgenij Schwarz „Der Drache" im Deutschen Theater. Nach der Vorstellung lernte ich im Theaterrestaurant Wolf Biermann kennen. Wir vereinbarten für den nächsten Tag ein Gespräch in seiner Wohnung, wo ich auch Robert Havemann begegnete.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

*H. S.: Du warst etwa Mitte 20. Was hast du zu diesem Zeitpunkt eigentlich beruflich gemacht, bevor du ins Studium gegangen bist?*

M. W.: 1963 hatte ich meine Lehre als Einzelhandelskaufmann abgeschlossen, danach habe ich als Verkäufer und Auslieferungsfahrer gearbeitet, und zwar als Keksfahrer. Karl Kuba, Bevollmächtigter der HBV in Kassel, bestärkte damals meinen Traum vom Studium. Er schickte mich auf Gewerkschaftsschulen und in die Kasseler Volkshochschule, die zum Beispiel gemeinsam mit der Reichwein-Stiftung ein deutschlandpolitisches Seminar mit Hermann Kant und dem Drehbuchautor der DEFA, Wolfgang Kohlhaas, veranstaltete. Hier lernte ich auch das Ehepaar Wüllenweber kennen. Von Hildegard Wüllenweber bekam ich 1965 das erste Biermann-Band und auch sie bestärkte mich in meinen Studienplänen. Meine Arbeit als Auslieferungsfahrer endete im Sommer 1966, als der Kurs in der Heimvolkshochschule begann.

In Hustedt führte mich die Dozentin für Literatur, Gabi Witting, in die Textanalyse ein und schärfte meinen sprachlichen Ausdruck. Schließlich ist Olaf Sund zu nennen, der Politik unterrichtete und nachdrücklich auf Realismus im politischen Alltag beharrte. Hier schrieb ich meine erste eigenständige Hausarbeit über die Parteikonzeptionen von Lenin und Luxemburg.

Die Kursteilnehmer waren mehrheitlich Gewerkschafter und Sozialdemokraten. Die Bildung der Großen Koalition spaltete uns: Ich lehnte sie ab, verlängerte sie doch die Regierungsbeteiligung der Union. Damals war ich zutiefst davon überzeugt, diese Partei blockiere die mögliche Hegemonie der SPD in der Bundesrepublik – es galt, den „CDU-Staat" zu beenden. Um die Jahreswende 1966/67 beteiligte ich mich deshalb an Treffen, in denen es um die Neugründung einer sozialistischen Alternative zur SPD ging, die ein Jahr später in der Gründung des „Sozialistischen Zentrums" in Offenbach mündeten, an dem auch Kader der illegalen KPD beteiligt waren.

*H. S.: Aber die Wege trennten sich dann 1968 endgültig, als sich die DKP konstituierte und ihren Weg allein, ohne die anderen Fraktionen der Studentenbewegung ging. Du bist in diesem Jahr noch beim SDS gewesen und hast später auch in einem Buch diesen Sonderweg der westdeutschen KPD dargestellt. Das war, glaube ich, dein zweites großes Thema neben den Gewerkschaften, über die du später deine Habilitationsschrift vorgelegt hast.*

M. W.: Das stimmt. 1967 war ich zunächst froh, die Aufnahmeprüfung an der Akademie für Wirtschaft und Politik bestanden zu haben. Im Oktober nahm ich dann mein Studium auf und wählte Soziologie als Schwerpunktfach. Das erste Semester wurde stark überlagert von der Studentenrevolte, die auch in Hamburg eines ihrer Zentren hatte. Ich wurde zum Vorsitzenden des SDS an der Akademie gewählt. Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) an der Akademie war Reinhard Crusius, der die studentische Hochschulpolitik gestaltete. Wir wurden rasch Freunde und ein Autorenteam.

Nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke kam es Ostern 1968 auch in Hamburg zu gewaltsamen Auseinandersetzungen um die Blockade des Axel-Springer-Verlages. Wir wollten die Auslieferung der Zeitungen des Verlagshauses verhindern. Die Polizei setzte Wasserwerfer ein und einige von uns bekamen Gummiknüppel zu spüren. Für die Deeskalation auf studentischer Seite sorgte der AStA der Hamburger Universität. Aber dieser realpolitisch gebotenen Lösung widersetzte sich der SDS-

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Vorsitzende der Hamburger Universität, Karl Heinz Roth, während der SDS der Akademie, vertreten durch mich, den AStA unterstützte. Zur offenen Konfrontation zwischen Roth und mir kam es auf der Abschlusskundgebung des Ostermarsches auf der Moorweide, als Roth versuchte, von ihm organisierte Schüler erneut als „Avantgarde" vor die Springer-Zentrale zu führen. Ich widersprach ihm auf der Kundgebung und fragte ihn, wie viele Panzer er habe, um die Polizeiabsperrungen um das Haus zu durchbrechen. Der erneute Versuch, die Springer-Zentrale zu blockieren, unterblieb schließlich.

Der Protest gegen die Notstandsgesetze eskalierte kurz vor der Entscheidung im Bundestag im Frühjahr 1968. Die SPD fiel wieder einmal um, Rosa Luxemburgs Polemik gegen die „Kriegssozialisten" von 1914 war nicht nur mir gegenwärtig. Dass es der Bundesregierung nicht um Instrumente zur Errichtung eines autoritären Regimes mit Streikverbot ging, sondern dass mit diesen Gesetzen alliierte Vorbehaltsrechte abgelöst wurden, die sie im Krisenfall zur Militärdiktatur berechtigten, erreichte unsere Köpfe nicht. Die NS-Diktatur war das Referenzmodell für die Bewertung des Gesetzesvorhabens. Agitatorisch wurde es mit Hitlers Ermächtigungsgesetz verglichen. Es war ein symbolischer Protest. Im Kern ging es um unser Verhältnis zur Bundesrepublik, die wir als „CDU-Staat" apostrophierten und dessen Gegner wir waren. Diese Republik war damals nicht die unsere. Sie war für uns nicht schützenswert, wir wollten für sie keine Verantwortung übernehmen.

Bei dieser Kampagne kam es zu meiner engsten Zusammenarbeit mit der KPD. Mein Partner war der Vorsitzende des Kreisjugendausschusses der ÖTV Wolfgang Gehrcke. Der Hamburger Uni-AStA beteiligte sich an der Gründung eines „Arbeiter- und Studentenausschusses", in dem die Proteste aus den Betrieben und den Universitäten koordiniert wurden. Vorausgegangen war seiner Gründung ein erregtes Gespräch mit dem damaligen DGB-Kreisvorsitzenden in Hamburg, Adalbert Höhne, der von studentischer Seite aufgefordert wurde, gegen die drohenden Notstandsgesetze in Hamburg Streiks auszulösen. Höhne wies in seiner Doppelfunktion, er war auch Bürgerschaftsabgeordneter der SPD, dieses Ansinnen brüsk zurück und verwies auf die entsprechenden Beschlusslagen von DGB und SPD. Nach dieser Absage war das Zusammengehen mit den Kommunisten in der Universität politisch möglich, die in Hamburg über eine eigene Zeitung verfügten. Die Flugblätter des Ausschusses druckte die Deutsche Friedensunion (DFU). Am Tag der Verabschiedung der Gesetze in Bonn zogen zirka 20.000 Demonstranten vor das Kurt-Schumacher-Haus der Hamburger SPD. Nach der Gesetzesverabschiedung und dem Ende des Pariser Mai, der die französische Republik in ihren Grundfesten erschütterte, breitete sich unter uns politischen Studentenfunktionären Ratlosigkeit aus.

*H. S.: Und dann kam noch Prag hinzu?*

M. W.: Meine Hoffnungen in diesem Frühjahr verbanden sich mit dem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz", den die tschechoslowakischen Kommunisten in ihrem Land praktizieren wollten. Umso tiefer traf mich der Panzereinmarsch am 21. August 1968. Bei der Protestdemonstration über die Hamburger Kennedy-Brücke hatte ich das Gefühl, einen Epochenwechsel zu erleben. Ein Tor hatte sich für immer geschlossen. Breschnew beendete die Entstalinisierung und damit die Hoffnung auf Selbstreform des sowjetischen Kommunismus.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Nach all den Demonstrationen forderte das Studium sein Recht. Von den Professoren an der nunmehr in Hochschule umbenannten Akademie will ich zwei hervorheben: Erstens Karlheinz Messelken, der die Politische Soziologie an der HWP vertrat. Er war 1956 von der Sorbonne in Paris an die Humboldt-Universität nach Ostberlin gewechselt. Das KPD-Mitglied wurde von dem FDJ-Sekretär der Universität Erich Hahn, später einer der führenden Soziologen der DDR, als Anhänger von Wolfgang Harich denunziert, danach verhaftet und zu zwei Jahren Haft verurteilt. In seinen Vorlesungen zur Politischen Soziologie analysierte er historische Ereignisse, um die zentralen Kategorien von Macht und Herrschaft, Konflikt und Kompromiss zu vermitteln. Unüberhörbar war seine Skepsis gegenüber ideologischen Heilsversprechen. Zweitens Siegfried Braun, der die Industriesoziologie vertrat. Der erste Lehrsatz, den er uns angehenden Soziologen vermittelte, war die Forderung nach Distanz zum Untersuchungsobjekt; der zweite: Die Methoden unseres Fachs sind Werkzeuge. Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft war in ihrem Erkenntnisinteresse von Natur aus Kritik am Bestehenden. Braun selbst war Mitbegründer der westdeutschen Industriesoziologie. Angestellte als soziale Schicht waren ebenso sein Thema wie das Berufsverständnis im Arbeitnehmerbewusstsein. Er war der ideale Lehrer, als Reinhard Crusius und ich 1969 im Hamburger Gewerkschaftshaus einen „Jour fixe" für junge Lehrlinge mitbegründeten und die Forderung erhoben, die Berufsbildungspolitik müsse der Kern gewerkschaftlicher Jugendarbeit sein.

*H. S.: In diesem Zusammenhang haben auch wir einander zum ersten Mal wahrgenommen – über unsere gemeinsame Gewerkschaft HBV, wenn ich nicht irre. Ich bin damals in der Organisation von jungen Buchhändlern und Verlagsangestellten tätig gewesen, ebenfalls in der Gewerkschaft HBV. Wir haben uns schon damals über Gewerkschaftsarbeit ausgetauscht, um uns dann auf überraschende Weise 1976 über ein ganz anderes Thema wieder zu begegnen. Ich war inzwischen aufgerückt zum Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes in der IG Druck und Papier in Berlin, hatte also die Gewerkschaft gewechselt, von der Buchhändlergewerkschaft zur Gewerkschaft der Schriftsteller und Journalisten der IG Druck und Papier. In diesem Amt hast du mich damals in Berlin 1976 nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann angerufen, um etwas zu unternehmen für die politischen Häftlinge, die die Staatssicherheit wegen ihrer Proteste für Wolf Biermann verhaftet hatte.*

M. W.: Das stimmt! Aber dazwischen lagen sechs Jahre, in denen 1970 meine Heirat mit Karin Helms und die Geburt unserer ersten beiden Kinder sowie zwei akademische Abschlüsse lagen, 1970 der Sozialwirt an der HWP und 1976 im Januar der Dr. rer. pol. der Universität Bremen. Die gewerkschaftliche Berufsbildungspolitik, die Reinhard Crusius und ich als Autorenteam und Studiengemeinschaft in diesen Jahren bearbeiteten, lieferte mir auch die Themen für meine akademische Qualifikation. 1970 schrieb ich bei Siegfried Braun meine Abschlussarbeit „Elemente einer Theorie der Gewerkschaft im Spätkapitalismus". Daraus wurde eine meiner ersten Publikationen, zu der Ernest Mandel, der Autor einer marxistischen Analyse des Spätkapitalismus, das Vorwort beisteuerte.

In Hamburg war meine Verbindung zu den Trotzkisten sehr eng geworden, was nicht allein an dem Kontakt zum Chefredakteur der IG-Metall-Zeitung Jakob Moneta lag, sondern vor allem an Herbert Kuehl, einem Freund und Arbeiterintellektuellen.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Meinen trotzkistischen Freunden verdanke ich den kritischen Blick auf die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten, in denen die Trotzkisten politische Revolutionen gegen die Parteibürokratie propagierten. Daraus ergab sich als Konsequenz: Unterstützung von Dissidenz und oppositionellen Marxisten in den „entarteten Arbeiterstaaten". Diese Schlussfolgerung teilte ich. 1970/71 kam der tschechische Student Jan Pauer nach Hamburg, er war aus Prag emigriert. Jan Pauer, Herbert Kuehl, Reinhard Crusius und ich gaben 1973 in Zusammenarbeit mit den Spiegel-Redakteuren Fritjof Meyer und Klaus Reinhardt eine Dokumentensammlung zur „Normalisierung" in der Tschechoslowakei nach der Niederschlagung des Prager Frühlings heraus, zu der Rudi Dutschke und der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jochen Steffen Nachworte schrieben. Das Buch erschien rechtzeitig vor den Ostberliner Weltfestspielen. Unsere Forderung an die Jungsozialisten und die Gewerkschaftsjugend, das Thema Repression in der ČSSR anzusprechen, fand Widerhall und wurde in Ostberlin thematisiert. Mit dieser Dokumentation begann meine Arbeit über und für Dissidenz und Opposition in den Staaten des sowjetischen Imperiums.

Das nächste Buch, das dieses Team in Angriff nahm, war ein Diskussionsband zur Erinnerung an den XX. Parteitag der KPdSU 1956. Der Suhrkamp Verlag akzeptierte das Buchprojekt. Der Band erschien 1977 unter dem Titel „Entstalinisierung" und enthielt erstmals eine Schilderung des Ablaufs der geschlossenen Sitzung, auf der Chruschtschow seine Geheimrede hielt, aus der Feder des russischen Historikers und Dissidenten Roy Medwedew. Ein Kritiker bezeichnete den Band als „Rose auf Chruschtschows Grab".

Unterdessen hatte ich mein Studium der Soziologie, Pädagogik und Politischen Wissenschaft an der Hamburger Universität fortgesetzt. Reinhard Crusius und ich arbeiteten damals bereits in einem DFG-Projekt zur gewerkschaftlichen Berufsbildungspolitik. An der Bremer Universität war ich gleichzeitig in der Arbeitsstelle „Kooperationsvertrag", einem Institut, das auf einem Vertrag zwischen der Arbeiterkammer Bremen und der Universität beruhte, als Redakteur tätig und gab die Zeitschrift „Kooperation" heraus. Die Erforschung der Lebenslage von Arbeitnehmern und die Erarbeitung von Materialien für die Arbeiter- und Erwachsenenbildung waren die Schwerpunkte dieses Instituts. Die Konzeption hatte ein weiterer Arbeiterintellektueller, der meinen Lebensweg kreuzte und beeinflusste, mitgestaltet: Adolf Brock, dessen Selbstverständnis im Linkskatholizismus wurzelte.

Dieser Kontakt zur Bremer Universität führte zu der gemeinsamen Promotion von Reinhard Crusius und mir über das Thema Berufsbildungspolitik der Gewerkschaften, die im Januar 1976 abgeschlossen wurde. Am Promotionsverfahren beteiligt waren als Prüfer und Gutachter die Professoren Siegfried Braun, Claus Offe, Friedrich Edding, Wolfgang Lempert und Ulrich Böhm, der das Verfahren beantragt hatte und im Fachbereich durchsetzte. Die Möglichkeit einer kooperativen Promotion war für die Sozialwissenschaften neu und so gab es auch Gegner dieses Verfahrens. Einer war der Historiker Imanuel Geiss; seine Argumente benutzte der der DKP angehörende Vorsitzende des Promotionsausschusses, um Böhms ersten Antrag abzulehnen. Danach schaltete sich der Senatsdirektor im Bremer Kultursenat Reinhard Hoffmann ein und setzte eine erneute Prüfung des Antrages durch. Der politische Hintergrund dieser Ablehnung war eindeutig und mir persönlich von einem DKP-Dozenten an der HWP auch damals mit den Worten angedroht worden: „Den Solschenizyn-Band wirst du bezahlen!"

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Das Erscheinen des „Archipel Gulag" führte damals in der westeuropäischen Linken zu einer erneuten Selbstprüfung ihres Verhältnisses zum Stalinismus und der Sowjetunion. Der von Rudi Dutschke und mir herausgegebene Band der Reihe roro-aktuell war in der Bundesrepublik singulär. Die deutsche Linke einschließlich der Sozialdemokratie zog das Schweigen vor, und die Kommunisten verwiesen ablenkend auf die nationalsozialistischen Verbrechen, um diese Debatte im Keim zu ersticken. Auch in Bremen selbst hatten sie allen Grund, gegen mich vorzugehen: Mit Hilfe Peter von Oertzens hatte ich den Bremer Bürgermeister Hans Koschnick überzeugt, an der dortigen Universität eine Arbeitsstelle Osteuropa einzurichten, um die Zeugnisse der osteuropäischen Bürgerbewegungen zu sammeln. Der Vorschlag stammte von Jiří Pelikán. Das MfS wurde über dieses Vorhaben frühzeitig von seinem Agenten, dem Pressesprecher der Universität, unterrichtet.

Die gemeinsame Promotion war die Voraussetzung dafür, uns an der Technischen Universität Berlin um zwei Assistentenstellen bewerben zu können, die der Berufspädagoge Wilfried Voigt ausgeschrieben hatte. Nach der Promotion wurden Crusius und ich zum Oktober 1976 an der Technischen Universität Berlin eingestellt, und Familie Wilke zog Ende September mit Tochter Sabine und Sohn Stephan nach Berlin um; hier sollten drei weitere Kinder – Andreas, Julia und Cornelia – geboren werden. Zu dieser Zeit galten Crusius und ich als „Zwillinge", derart eng verbunden waren wir als Team. An der TU lernten wir auch die Pädagogik-Professorin Helga Thomas kennen, die mir und meiner Familie eine enge Freundin und auch Beraterin wurde.

*H. S.: Es war also sicher kein Zufall, dass wir uns über das Thema Gewerkschaften getroffen haben. Ich hatte zwei Jahre zuvor über Schriftsteller und Gewerkschaften promoviert. Die gewerkschaftliche Solidarität war unser Motiv für den Protest gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann, dadurch war er glaubwürdig und damit wurde dieser Protest so durchschlagend. Er führte zu einer wirklichen Auseinandersetzung in der westdeutschen Linken über die Verhältnisse in der DDR. Das Thema war ja keineswegs von uns willkürlich in den Streit um die Ausbürgerung hineingetragen worden. Einige Freunde Wolf Biermanns, die die Petition gegen seine Ausbürgerung in der DDR unterschrieben hatten, hatten ja zum Teil einen gewerkschaftlichen Hintergrund. Ich entsinne mich an das schöne Protestlied von Gerulf Pannach über den Vertrauensmann, der kein Vertrauen hat, in dem er also über die Erfahrungen im FDGB gesungen hat. Für uns war das ein ganz wesentliches Mittel des Protests gegen die Ausbürgerung Biermanns, auch in den Gewerkschaften der Bundesrepublik ein Echo zu finden; übrigens ein sehr gespaltenes Echo, denn es gab ja, wie du dich erinnern wirst, Gewerkschaften, wie die IG Druck und Papier, die das rundheraus abgelehnt haben und andere, wie die IG Chemie, die uns damals unterstützten. Sie haben zum Beispiel dieses Lied von Gerulf Pannach, der wegen seines Protestes gegen die Ausbürgerung Biermanns inhaftiert wurde, in ihren Gewerkschaftszeitungen publiziert, und zum Schrecken der DDR kam die Kritik diesmal von links und schloss Teile des DGB ein.*

M. W.: Mein Anruf bei dir, ob du bereit wärst, auf der Ebene der Schriftstellergewerkschaft den Protest gegen die Verhaftungen in der DDR nach der Biermann-Ausbürgerung zu organisieren, fiel damit auf fruchtbaren Boden und das „Schutzko-

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

mitee Freiheit und Sozialismus"[3] entstand. Die Wirksamkeit des Komitees bestand in dem organisatorischen Konzept eines von dir geführten Sekretariats und einem breiten Unterstützerkreis, in dem naturgemäß Schriftsteller und Intellektuelle wie Ernst Bloch, Heinrich Böll oder Max Frisch überwogen, aber auch Gewerkschafter wie Erich Frister, Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Jakob Moneta und Heinz Brandt, beide IG Metall, vertreten waren. Die Jugendabteilung dieser Gewerkschaft hatte Biermann 1976 zum Konzert nach Köln eingeladen, nach elf Jahren Auftrittsverbot wurde die Reise genehmigt. Nach seiner Ausbürgerung organisierten Manfred Scharrer und die Redaktion des „Langen Marschs", eines linken Berliner Szeneblatts, ein großes Solidaritätsmeeting im Audimax der FU Berlin. Ich wollte Georg Benz, für Jugendfragen zuständiges Vorstandsmitglied der IG Metall, zu dieser Veranstaltung einladen, bekam aber eine deutliche Absage. Die IG Metall würde sich nicht an öffentlichen Auseinandersetzungen mit der SED beteiligen, da man immer noch an einer Lösung auf diplomatischem Wege arbeite. Noch schroffer war die Ablehnung des Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, der rundweg erklärte, sich an keinen antikommunistischen Kampagnen gegen die DDR zu beteiligen. Aus den FDGB-Akten wissen wir heute, dass Mahlein zu diesem Zeitpunkt den Status eines Beraters der Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik besaß und geschätzter Vertrauensmann seitens des FDGB und der „sowjetischen" Gewerkschaften im DGB war.

*H. S.: Dennoch, schon 1977 kamen Jürgen Fuchs und die anderen Verhafteten aus dem Jenaer Kreis frei und wurden nach Westberlin abgeschoben. Im gleichen Jahr erschien Rudolf Bahros „Alternative", er wurde verhaftet und verurteilt. In der Kampagne des Schutzkomitees für seine Freilassung spielten auch Freimut Duve und die Reihe roro-aktuell, die er herausgab, eine wichtige Rolle; dort erschien unser Solidaritätsbuch für Bahro und auch einige Bände zum Thema Menschenrechte im Ostblock, die du mit herausgegeben hast.*

M. W.: Freimut Duve hatte in Zusammenarbeit mit dem Schutzkomitee schon die „Gedächtnisprotokolle" und die Liedtexte von Gerulf Pannach publiziert. Für Bahro beteiligten sich auch Autoren der westeuropäischen Linken bis hin zu den Eurokommunisten, es gab aber auch Beiträge aus der entstehenden Bürgerrechtsbewegung Ostmitteleuropas. In Duves Reihe war gewissermaßen als Prolog zu meinen Aktivitäten 1975 der Band „Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke" erschienen. In ihm wurde die Grundfrage dieser ganzen Auseinandersetzung aufgeworfen: Wie glaubwürdig ist eine sozialistische Linke in Westeuropa, die zu den Menschenrechtsverletzungen im sowjetischen Imperium schweigt und den dortigen Künstlern und Dissidenten die Solidarität im Kampf um die Durchsetzung der Menschenrechte in ihren Ländern verweigert? Duve versuchte in seiner Reihe damals ein „Jahrbuch für Menschenrechte" als Plattform für die ostmitteleuropäische und sowjetische Opposition zu etablieren, das von dem Fernsehchef des Prager Frühlings Jiří Pelikán und mir herausgegeben wurde und von dem zwei Bände 1977 und 1979 erschienen sind.

3 Siehe den Beitrag „Das Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus" in diesem Band.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

*H. S.: Gab es 1977/78 nicht auch noch einen Konflikt um den DKP-Einfluss in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit, an dem du beteiligt warst?*

M. W.: Die Differenzierung unter den DGB-Gewerkschaften in der Frage der Solidarität mit verfolgten DDR-Schriftstellern und streikenden polnischen Arbeitern wiederholte sich in den Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss ab 1979 und um das Leitbild der Einheitsgewerkschaft im neuen DGB-Grundsatzprogramm von 1981. Vorreiter war in dieser Lagerbildung im DGB die Gewerkschaftsjugend. Konfliktpunkte waren die Konzeption gewerkschaftlicher Jugendbildung und der ideologisch-politische Einfluss der DKP in bestimmten Einzelgewerkschaften. Parallel zu Bahros „Alternative", die in der gewerkschaftseigenen Europäischen Verlagsanstalt erschien, publizierte der von DKP-Funktionären geleitete Pahl-Rugenstein Verlag 1977 die „Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung", deren Autoren die Professoren Frank Deppe und Georg Fülberth waren. Das Buch formulierte ein neues Leitbild der Einheitsgewerkschaft. Die Einheitsgewerkschaft DGB war nach dieser Lesart 1945 aus der Tradition des antifaschistischen Widerstandes von allen politischen Strömungen der Arbeiterbewegung gegründet worden. Realpolitisch ging es dabei um die historisch legitimierte Reintegration der Kommunisten als gleichberechtigte geistig-politische Strömung neben den Sozialdemokraten und der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft in den DGB. Mit dem so uminterpretierten Einheitsgewerkschaftsverständnis sollten Bündnisse von Gewerkschaftsfunktionären mit den Kommunisten in außerparlamentarischen Protestbewegungen, wie zum Beispiel der Friedensbewegung, legitimiert werden. Die DGB-Jugendschule Oberursel wurde zum Kristallisationspunkt der Gegner dieses Vorstoßes. Die historische Darstellung in diesem Werk folgte grundsätzlich der SED-Interpretation der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Der Streit eskalierte, als der Schulleiter Hinrich Oetjen die Bündnispartner der DKP im und außerhalb des DGB differenziert benannte. Die Rolle der Stamokap-Fraktion unter den Jungsozialisten war dabei von besonderer Bedeutung. Den Begriff „Staatsmonopolistischer Kapitalismus" als Klassenanalyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik übernahm dieser Flügel der Jungsozialisten samt der Strategie der „antimonopolistischen Bündnisse" von den SED-Politökonomen. Oetjen analysierte exakt und methodisch auf teilnehmender Beobachtung beruhend, die Taktik bei der Eroberung von Beschlussgremien, der Monopolisierung von Bildungsleitfäden mit dem Ziel, die Einheitsgewerkschaft in die Einlinigkeit einer „einheitlichen Gewerkschaft" zu verwandeln. Unter der These „es geht nicht um die Eroberung der Betriebe, sondern um die der Apparate" habe ich Ende 1979 diese innergewerkschaftliche Debatte über die Gewerkschaftspolitik der DKP dargestellt. Die IG Chemie-Papier-Keramik hat diesen Aufsatz innerhalb ihrer Organisation verteilt, und er wurde in das Buch „Der Marsch der DKP durch die Institutionen" aufgenommen, das von Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Rudzio, Fritz Vilmar und mir 1980 im Fischer-Verlag herausgegeben wurde.

*H. S.: 1980 wurde aus dem Assistenten der TU Berlin, Manfred Wilke, über Nacht der Landesgeschäftsführer der GEW in Nordrhein-Westfalen. Was war der Hintergrund für diesen Wechsel?*

M. W.: Der Aufsatz über die DKP-Gewerkschaftspolitik hatte in vielerlei Hinsicht für mich weit reichende Folgen. Zunächst bekam ich nach seinem Erscheinen vom

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Landesgeschäftsführer der nordrhein-westfälischen SPD Bodo Hombach im Februar 1980 das für mich unvermittelte Angebot, seine Nachfolge als Landesgeschäftsführer der GEW Nordrhein-Westfalen anzutreten. Meinen Einwand, ich hätte keine Erfahrungen in der Führung von Organisationen, wischte er vom Tisch: Darum ginge es nicht; in Nordrhein-Westfalen wäre die Übernahme großer GEW-Stadtverbände durch die von Oetjen beschriebenen Bündnisse mit der DKP bereits so weit fortgeschritten, dass dieser Landesverband in der GEW „gekippt" sei. Meine Aufgabe sei es, einen exemplarisch notwendigen Konflikt zu fahren, um diesen Prozess im DGB öffentlich sichtbar zu machen. Er appellierte an meinen Ehrgeiz, nicht nur Beobachter, sondern selbst einmal Akteur zu sein. Schließlich willigte ich ein und war ab April 1980 Landesgeschäftsführer der GEW Nordrhein-Westfalen in Essen. Die Einstimmigkeit bei meiner Einstellung im Landesvorstand änderte sich rasch, als einige Mitglieder sich die für sie notwendigen Informationen über meine Biografie und politische Haltung beschafften und der Band über die DKP erschien. Es gab eine polemische Kritik in der IG-Metall-Zeitschrift „Der Gewerkschafter" und eine Broschüre des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies, die die Autoren als notorische Antikommunisten stigmatisierte.

Zum Bruch kam es im März 1981: Der Landesvorstand des DGB und der GEW hatte die von einigen GEW-Stadtverbänden geforderte Demonstration gegen die Bildungspolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung abgelehnt. Daraufhin brachen einzelne Stadtverbände, angeführt vom Kölner, demonstrativ diesen Beschluss und organisierten die Demonstration. Den Konflikt zwischen dem Landesvorstand und den Stadtverbänden sollte der damalige GEW-Vorsitzende Erich Frister schlichten. Die Aufgabe kam ihm ungelegen, da er sich gerade auf einen Funktionswechsel vorbereitete: Er wurde Arbeitsdirektor beim gewerkschaftseigenen Bauriesen „Neue Heimat". Frister wollte erkennbar keinen Streit, suchte den Kompromiss, genauer die Kapitulation bei eigener Gesichtswahrung vor den Stadtverbänden. Die Rechtfertigung, die er fand, war fadenscheinig: In einem Flächenstaat fehle neben dem Landesvorstand noch ein Zwischengremium, in dem die Stadtverbände und der Landesvorstand ihre Konflikte diskutieren und schlichten könnten. Nach diesem Abend gab es im Landesverband eine neue Mehrheit, die den amtierenden Landesvorstand nur noch geschäftsführend bis zur nächsten Landesdelegiertenkonferenz amtieren ließ.

Erich Frister sah ich erst im Juni 1981 wieder, als ich mit ihm die Modalitäten meiner Rückkehr in den wissenschaftlichen Betrieb diskutierte, die zugleich mein Ausscheiden als hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionär bedeutete. Wir fanden eine Lösung und ich kehrte an die Freie Universität zurück, an der ich mich im Februar 1981 mit meiner Arbeit „Gewerkschaften und Beruf" als politischer Soziologe habilitiert hatte. Vorab erschien schon 1979 im Piper-Verlag mein Buch „Die Funktionäre – Apparat und Demokratie im DGB" mit einem Vorwort von Theo Pirker. Er war es auch, der mein nächstes Forschungsvorhaben beim Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen beantragte, das 1984 bewilligt wurde und in dem es um die Diskussion und Neubewertung der westdeutschen Gewerkschaften durch die SED/KPD und DKP 1961 bis 1972 ging. Ein solches Projekt zur Westarbeit der SED war zu diesem Zeitpunkt in der bundesrepublikanischen DDR-Forschung ungewöhnlich. Noch während der Laufzeit des Projektes entstand eine Studie über die Debatte um das Leitbild der Einheitsgewerkschaft im DGB, die ich im Auftrag von Hans-Joachim Veen, damals Leiter des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung,

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

verfasste und die 1985 unter dem Titel „Einheitsgewerkschaft zwischen Demokratie und antifaschistischem Bündnis" erschien.

*H. S.: Wie kam mit deiner ausgewiesenen linken Biografie ausgerechnet der Kontakt zur Konrad-Adenauer-Stiftung zustande?*

M. W.: Der Weg zur Konrad-Adenauer-Stiftung wurde mir von einigen CDU-Mitgliedern geebnet, die ich während des Konflikts um das DKP-Buch kennen gelernt hatte. 1980 war Norbert Blüm Vorsitzender der CDA, sein Büroleiter Peter Clever sprach damals mit mir über diese Auseinandersetzung und über die Frage der Solidarität für die Solidarność im DGB.

Die Solidarität mit der polnischen Gewerkschaft Solidarność war für mich selbstverständlich. Ich hatte auch keine Bedenken, meine Dienstanschrift zur Verfügung zu stellen, unter der in der Bundesrepublik lebende Polen im Herbst 1980 eine Druckmaschine nach Danzig schickten und deren Empfang Lech Wałęsa mir gegenüber quittierte. Clever seinerseits versuchte, in der CDA die Debatte um das Leitbild Einheitsgewerkschaft im Vorfeld des DGB-Grundsatzprogrammkongresses 1981 anzustoßen.

In meiner Stasiakte fand ich 1992 den Mitschnitt eines Telefongesprächs vom Oktober 1982 mit Wilhelm Mensing, Referatsleiter im Bundesinnenministerium, der mich zu einer Konferenz seines Hauses über den Einfluss der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend), der Jugendorganisation der DKP, auf die Schülerpresse in der Bundesrepublik einlud. Zwischen Mensing und mir entstand eine enge Freundschaft.

Nach meinem Abschied von der GEW lernte ich durch Clever den damaligen Geschäftsführer der CDA Heribert Scharrenbroich kennen, der sich für meine DGB-Studie in der Konrad-Adenauer-Stiftung bei deren Generalsekretär Bruno Heck verwandte. Die CDA-Kontakte führten mich schließlich zum Leiter der Abteilung Inland im Bundespresseamt, Wolfgang Bergsdorf, der ebenfalls zu einem Freund wurde. Bei meiner späteren Berufung als sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" war er es, der mich Dorothee Wilms vorschlug. Seine Telefonate mit mir hat das MfS ebenfalls mitgeschnitten.

Erstmals lernte ich im Umfeld der Konrad-Adenauer-Stiftung und der CDU Menschen kennen, die zum Teil gläubige Christen waren und die die atheistische Glaubenswelt von Sozialisten und Kommunisten als solche nachempfinden konnten. Es waren Menschen, die intellektuell aufgeschlossen, wissenschaftlich redlich und vorurteilsfrei waren und die mir vor allem Solidarität erwiesen, als ich sie bitter nötig hatte.

Erstaunlich war für mich Wilhelm Mensing, er verstand die DKP-Politik als SED-Westarbeit und wusste sie in die innerdeutsche Politik einzuordnen. Meine SPD-Mitgliedschaft und die linksradikale Vergangenheit wurden als gelebtes Leben akzeptiert. In Berlin war es die hochschulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Ursula Besser, die nach meiner Trennung von der GEW das Gespräch mit mir suchte. Ironischerweise setzte das MfS in seinem Maßnahmeplan von 1978, in dem es darum ging, meine akademische Karriere im Westen zu verhindern, auf sie als Schlüsselperson. Ihr wurden entsprechende Informationen über meine Kontakte zu Lucio Lombardo Radice, ZK-Mitglied der kommunistischen Partei Italiens, zuge-

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

spielt, die sich im Zusammenhang mit dem von mir herausgegebenen Band „Robert Havemann – Ein deutscher Kommunist" ergaben, zu dem er das Nachwort schrieb und den er ins Italienische übersetzte.

*H. S.: Wie kam dieser Interviewband mit Havemann während seines Hausarrestes überhaupt zustande?*

M. W.: Das Besondere an diesem Buch, das 1978 auf der Frankfurter Buchmesse Furore machte, war, dass es auf ungewöhnlichem Wege zustande kam. Jürgen Fuchs versuchte nach seiner Ankunft in Westberlin sofort Verbindung zu Katja und Robert Havemann aufzunehmen, die seit November 1976 in einem strengen Hausarrest in Grünheide isoliert waren. Allein der Gemeindepfarrer von Grünheide Meinel und seine Frau durften Katja, die Mitglied der evangelischen Kirche war, dort besuchen. Dies war auch der Weg, auf dem Havemann von mir zirka 150 Fragen zu seiner Biografie erhielt, die er auf Tonband beantwortete. Die Bänder brachte der damalige Stern-Korrespondent in der DDR, Dieter Bub, in den Westen. Havemann beschrieb in der Isolation die Bedingungen seines Hausarrestes und begründete, warum er blieb: „Ich denke ja gar nicht daran, die DDR zu verlassen, wo man wirklich auf Schritt und Tritt beobachten kann, wie das Regime allen Kredit verliert und schon verloren hat und es eigentlich nur noch weniger äußerer Anstöße und Ereignisse bedarf, um das Politbüro zum Teufel zu jagen."[4] Dieser Satz führte zu einigen Diskussionen mit dem Rowohlt-Verlag, der ihn zum Schutz Havemanns streichen wollte, denn eine solche Prognose widersprach allen Einschätzungen der westdeutschen DDR-Forschung und -Publizistik. Havemann starb 1982 und hat diesen Moment von 1989 leider nicht mehr erlebt. Meine Frau Karin hat ihn nach Aufhebung des Hausarrests noch einmal besuchen dürfen, als wir glaubten, wir könnten uns jetzt wieder öfter sehen. Trotz aller Erfahrungen waren wir noch immer naiv: Karin bekam Einreiseverbot in die DDR, das ich zu diesem Zeitpunkt bereits hatte.

*H. S.: Welche Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre hielten nach der GEW noch Kontakt zu dir?*

M. W.: Meine Ausgrenzung aus der Linken vollzog sich schrittweise. Mit der Vergegenwärtigung des Freiheitskampfes der Berliner Sozialdemokraten gegen die Zwangsfusion mit der KPD zur SED versuchten der damalige SPD-Abgeordnete Gert Gruner und ich, unsere Partei im Berliner Wahlkampf 1981 noch zu unterstützen. Bei Piper publizierten wir erstmals das Protokoll der ersten Sechziger-Konferenz vom Dezember 1945, auf der sich die SPD in der SBZ einvernehmlich dem Einheitsdruck der KPD beugte und der offene Widerstand der Westberliner Sozialdemokraten gegen diesen Kurs begann. Es war mein erster Beitrag zum Thema SED-Gründung als Zäsur der deutschen Teilungsgeschichte. Aber die SPD empfand die beachtete Publikation als unzeitgemäß, sie störte die Gespräche mit der SED.

Während und nach dem Konflikt in der GEW war ich in Kontakt mit dem Vorsitzenden der IG Chemie-Papier-Keramik, Hermann Rappe, und der Redaktion der

4 Robert Havemann: Ein deutscher Kommunist, hrsg. von Manfred Wilke, Reinbek bei Hamburg 1978, S. 29.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Zeitung der IG Bergbau und Energie, vor allem mit Norbert Römer, der zusammen mit seinem Chefredakteur Horst Niggemeier die Auseinandersetzung mit kommunistischen Positionen fortführte. Niggemeier sorgte 1980 dafür, dass der Düsseldorfer Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Hugo Müller-Vogg, über den ersten Konflikt in der GEW um meine Person ausführlich berichtete.

Ein Seminar an der Politischen Akademie Tutzing zum Thema „DKP-Politik im DGB und gegenüber der SPD" führte mich mit Jürgen Maruhn zusammen. Maruhn kam aus Dresden und hatte als Kind noch den 17. Juni 1953 erlebt. Er versuchte den geistig-politischen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus lebendig zu halten. Am Ziel der deutschen Einheit hielt er gegen den SPD-Mainstream fest, was uns verband. Die erste Publikation, die wir gemeinsam 1984 herausgaben, trug den bezeichnenden Titel „Wohin treibt die SPD?", in ihr verteidigten einige Autoren die Politik Helmut Schmidts im Streit um den NATO-Doppelbeschluss von 1979.

*H. S.: Spielte all das eine Rolle bei deiner Berufung zum Professor für Wirtschaftssoziologie an der Fachhochschule für Wirtschaft 1985?*

M. W.: Diese Bewerbung war kein hochschulinterner Vorgang, sie wurde zu einem politischen Konflikt zwischen der Mehrheit der Professoren in der Berufungskommission und dem Rektorat der Fachhochschule. Der Konflikt erreichte sogar das Abgeordnetenhaus und die Fraktion der AL erwog gar einen Untersuchungsausschuss. Aber die Professorenmehrheit bestand auf meiner Berufung, die schließlich der Wissenschaftssenator Wilhelm A. Kewenig (CDU) aussprach, ein Schritt, der von Frau Besser nachhaltig unterstützt wurde. In den darauf folgenden Jahren konzentrierten sich meine Forschungsarbeiten auf die Gewerkschaften und ihre Politik. Mit Hans-Peter Müller brachte ich die schon erwähnte Untersuchung der SED-Debatte über die westdeutschen Gewerkschaften ebenso zum Abschluss wie eine Studie über die DKP. Beide Bücher erschienen 1990 im Verlag Wissenschaft und Politik und verwandelten sich im Erscheinen aus politikwissenschaftlichen Analysen in Beiträge zur Zeitgeschichte.

*H. S.: Wie hast du den Mauerfall erlebt?*

M. W.: Den Mauerfall am 9. November 1989 erlebte ich am Grenzübergang Invalidenstraße. Während die Ostberliner skandierten: „Wir wollen raus!", war die Antwort von der Westseite: „Wir wollen rein!". Um Mitternacht standen meine Frau Karin und ich trotz Einreiseverbots auf dem Kontrollpunkt. Vor meinen Augen hörten die bewaffneten Organe der DDR auf, als militärische Einheiten zu funktionieren. Offiziere der Grenztruppen sprachen offen über ihren Wunsch, auch einmal Westberlin zu sehen.

*H. S.: Was waren die ersten Themen deiner Forschung über den SED-Staat?*

M. W.: Leider erkrankte ich nach dem Mauerfall schwer und fiel für mehrere Monate aus. Mein erster Beitrag zur Transformation des SED-Staates war die mit Hans-Peter Müller verfasste Analyse zur Selbstreform der SED-Massenorganisation FDGB und dem Gewerkschaftsgesetz, das die Regierung von Ministerpräsident Hans Modrow (SED-PDS) noch Anfang März von der alten DDR-Volkskammer verabschieden

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

ließ. Dieses Gesetz war Teil des geordneten Rückzugs der Modrow-Regierung, die versuchte, vor der demokratischen Volkskammerwahl Fakten zu schaffen. Auftraggeber der Analyse war erneut Hans-Joachim Veen von der Konrad-Adenauer-Stiftung, und sie erschien unter dem Titel „FDGB – Vom alten Herrschaftsapparat zu neuer Gewerkschaftsmacht?" am 2. März 1990. Gleichzeitig schrieben Müller und ich Flugblätter zur Geschichte des FDGB und zur Auflösung der Betriebsräte in der SBZ 1948 für die IG Bergbau und Energie. Zur Industriepolitik dieser „Steinkohlegewerkschaft" bewilligte mir die Deutsche Forschungsgemeinschaft im Rahmen eines industriesoziologischen Forschungsschwerpunktes ein Projekt, das in enger Absprache mit Theo Pirker konzipiert wurde. Projektbearbeiter war Hans-Peter Müller. Es begann nach dem Ende des FDGB und erfuhr eine Perspektivverschiebung: Im Mittelpunkt stand nun die „Braunkohlepolitik der Steinkohlegewerkschaft" in Sachsen und Brandenburg. Die Materialgrundlage der Studie bildeten Interviews mit den Betriebsräten der ersten Stunde aus den ostdeutschen Braunkohlerevieren. Das Ergebnis korrigierte die allgemeine Wahrnehmung der friedlichen Revolution, die angeblich am „Feierabend" stattfand. „In der Braunkohle" nutzte die technische Intelligenz die Stunde, um sich innerbetrieblich von der Herrschaft der Parteifunktionäre zu befreien. In vielen Betrieben wurden die „Leiter der Kaderabteilungen" entfernt und die Gewerkschaftsleitungen des FDGB abgelöst. Den SED-Kadern bot sich eine neue Chance, als die westdeutschen Berater eintrafen. Die Manager bestanden auf einer „Personalabteilung" und ihnen war unverständlich, warum jene, die zu DDR-Zeiten dafür verantwortlich waren, dies nicht auch weiterhin sein sollten, da sie doch die Belegschaft kannten. Die Helfer der IG Bergbau entdeckten somit die betrieblichen „Gewerkschaftsfunktionäre" wieder. Die westdeutschen Funktionäre wussten genau, dass die Zahl der Beschäftigten, die sich in der Gewerkschaft aktiv betätigen, immer begrenzt ist. Bitter berichteten die Betriebsräte der ersten Stunde, die nicht zuletzt aus der technischen Intelligenz kamen, von den Folgen der Ignoranz dieser westlichen Berater, die weder die Prinzipien kommunistischer Kaderpolitik kannten noch über den Charakter des FDGB als Massenorganisation der Partei informiert waren. Im Zusammenhang mit diesem Forschungsprojekt beauftragte uns die Adenauer-Stiftung, den Vereinigungsprozess der Gewerkschaften des DGB mit den gewendeten FDGB-Verbänden zu untersuchen; so entstand die Studie „Zwischen Solidarität und Eigennutz".

*H. S.: Diese Forschungsarbeiten entstanden ja noch aus deiner Verbandsforschung, wann rückte der SED-Staat selbst in deinen Blick?*

M. W.: Im Laufe des Jahres 1990 geriet ich immer stärker in den Sog der Aufarbeitung der Geschichte der SED-Diktatur. Es begann mit Robert Havemann, dessen Biografie und verbotene Schriften nun in der DDR publiziert wurden. Dem Neuen Forum, das in seinem Haus in Grünheide 1989 unter anderem von seiner Witwe Katja und Bärbel Bohley gegründet wurde, schien Havemann kurzzeitig als Kronzeuge für die Möglichkeit einer besseren und sozialistischen DDR zu dienen, auf den man sich beziehen konnte, um den Einheitswillen des Volkes und die restaurativen Gelüste der SED gleichzeitig abwehren zu können. Auch die SED erinnerte sich seiner: Eine der letzten Entscheidungen des Zentralkomitees vor seiner Auflösung betraf die Rehabilitierung Robert Havemanns im Dezember 1989.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Die Widersprüche im deutschen Vereinigungsprozess erfuhr ich im Februar 1990 in Grünheide im Gespräch mit Katja Havemann. Stolz berichtete sie mir, dass jetzt im Neuen Forum an einem Wahlgesetz für die Volkskammerwahlen gearbeitet werde. Ich sah sie verständnislos an: „Wieso tut ihr das, kann man nicht in Westberlin ein Wahlgesetz der Bundesrepublik kaufen, die parlamentarische Demokratie ist in Deutschland bereits erfunden. Ihr könnt es ja modifizieren." Lächelnd fragte sie mich, wen ich denn bei der Volkskammerwahl wählen würde? Meine Antwort: den Demokratischen Aufbruch. Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, der Verteidiger der Kriegsdienstverweigerer und Friedensaktivisten, mache doch eine gute Figur und außerdem sei er für die Vereinigung. „Wer Rechtsanwalt Schnur wirklich war, wirst du in den nächsten Tagen erfahren", sagte sie. Wenig später wurde bekannt, dass Schnur als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) Vertrauensanwalt des Ministeriums für Staatssicherheit gewesen war. Mit ihm wurde erstmals eine Person mit doppelter Biografie in der Diktatur, die nun führend am demokratischen Neuanfang in der DDR beteiligt war, enttarnt. Das unterstrich die Notwendigkeit, die von Bürgerkomitees gesicherten MfS-Akten für die Betroffenen zu öffnen, um die Frage von Erich Mielke für die Gesellschaft der DDR zu beantworten: Wer war wer in der DDR? Es galt, die Masken biografischer Doppelexistenz zu zerstören, damit die Menschen sich wieder unbefangen in die Augen sehen konnten.[5]

In dieser Endphase der demokratisierten DDR drehte der Regisseur Hans-Dieter Rutsch vom DEFA-Dokfilm seinen Film über Robert Havemann. Damit begann gewissermaßen mein Leben in der Aufarbeitung. Damals war in der DDR noch die Debatte über den demokratischen Neuanfang der Jahre nach 1945 in der SBZ virulent. Das Festhalten an der Bodenreform, das heißt an den sowjetischen Enteignungsbefehlen durch die Regierung Lothar de Maizières (CDU), als „Errungenschaft" ist dafür ein Beispiel.

Die SED/PDS-Historiker konstruierten rasch die Phase von 1945 bis 1948 als eine, in der auch in der SBZ der Weg zu einer demokratischen und sozialistischen Gesellschaft noch offen gewesen sei. Erst mit der Berlin-Blockade, dem einsetzenden Kalten Krieg in Deutschland und der daraus resultierenden Stalinisierung der SED sei der Weg in die Diktatur beschritten worden. Die Frage, wie die SED-Gründung zu bewerten war, stand im Raum: Einheitsdrang von Sozialdemokraten und Kommunisten nach den Erfahrungen der Nazi-Diktatur oder eine von den Kommunisten mit Hilfe der Besatzungsmacht durchgesetzte „Zwangsvereinigung" der SPD mit der KPD?

„Poker um Deutschland" hieß der Film, den der Bayerische Rundfunk bei DEFA-Dokfilm 1990 in Auftrag gab und der den Prozess der SED-Gründung rekonstruierte. Rutsch und ich erarbeiteten gemeinsam das Drehbuch. Bei dieser Gelegenheit betrat ich erstmals das Parteiarchiv der SED im „Institut für die Geschichte der Arbeiterbewegung", in das sich das „Institut für Marxismus-Leninismus" 1989 verwandelt hatte. Unvergessen ist die Begegnung mit seinem Direktor Günther Benser, den wir um Akteneinsicht baten, die er zögerlich gewährte. Stolz verwies er darauf, dass sein Schreibtisch im Arbeitszimmer von Otto Grotewohl stehe: Meine Bitte, mir das Arbeitszimmer von Walter Ulbricht zu zeigen, dem einzigen kommunistischen Staatsmann der DDR, konnte er mir hingegen nicht erfüllen. Es war unter seinem

5 Siehe den Beitrag „MfS-Akten: Offenlegung statt Verwaltung" in diesem Band.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Nachfolger Honecker nicht in den Rang eines Traditionsraums erhoben worden. Der Film präsentierte einen archivarischen Fund, der in der damaligen Debatte von entscheidender Bedeutung war: die Notizen Wilhelm Piecks über Gespräche, die er und Ulbricht mit Stalin und dessen Politbüro in den Junitagen 1945 führte und in denen der Gründungsaufruf des ZK der KPD festgelegt und die Führungsriege der KPD aus deren Moskau-Kadern rekrutiert wurde.

*H. S.: Du selbst hast schon 1991 auch DDR-Historiker in deine Forschungen einbezogen.*

M. W.: Im „Institut für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" hatte sich unter Leitung von Lutz Prieß, der sein Studium in Moskau absolviert hatte, eine Arbeitsgruppe Stalinismus gebildet. Mit ihm und seinen Mitarbeitern Peter Erler und Horst Laude diskutierte ich ein Dokumentationsprojekt über die Planungen der Exil-Kader der KPD vor Kriegsende. Das Projekt wurde von mir beim Bundesministerium des Innern beantragt, in dem die Forschungsförderung des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen weitergeführt wurde. Meine Entscheidung, mit diesen Historikern aus der DDR, genauer aus dem Parteiapparat der SED zusammenzuarbeiten, stieß auf Kritik und Unverständnis. Der Gestus war im Westen überall gleich: „Wie kannst du nur?" Meine Antwort war: „Wollen wir nun die Wiedervereinigung oder wollen wir sie nicht?" Wenn DDR-Historiker nach dem Ende des SED-Staates beginnen, sich mit der Realgeschichte des deutschen Kommunismus zu befassen – und sie war vom Stalinismus geprägt, was in den ersten Dokumenten der PDS auch selbstkritisch hervorgehoben wurde –, dann sollten gerade wir, die stigmatisierten Antikommunisten, ihnen die Chance eröffnen, diesen Teil unserer gemeinsamen Geschichte mit zu erforschen. In diesem Projekt erwies sich vor allem Horst Laude als ein Glücksfall. Er konnte die Handschriften von Pieck und Florin entziffern. Letzterer hatte am 6. März 1944 in Moskau die Grundfrage deutscher Politik nach Hitler unter den Bedingungen alliierter Besetzung formuliert: Wohin geht Deutschland – Ost oder West? Das Verhältnis zur Sowjetunion war für ihn Prüfstein und grundsätzliche Scheidelinie zwischen Fortschritt und Reaktion in der künftigen deutschen Nachkriegspolitik. Aufgabe der KPD sollte es sein, durch eine geschickte Bündnispolitik Deutschland auf Dauer an die Sowjetunion zu binden.

*H. S.: Das zweite Forschungsvorhaben betraf die Beteiligung der SED an der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968. War das eine biografische Angelegenheit für dich?*

M. W.: Natürlich. Die Volkskammer hatte das SED-Parteiarchiv nicht verstaatlicht, sodass die PDS weiterhin als Eigentümerin über den Zugang zu sensiblen Aktenbeständen entschied. Dazu zählten unzweifelhaft die Akten der Partei über das Jahr 1968 und ihre Interventionspolitik gegen den „Sozialismus mit menschlichem Antlitz". In einem Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Gregor Gysi holte ich mir das Einverständnis, diesen Bestand im SED-Archiv einzusehen und ich bot ihm an, zusammen mit Lutz Prieß daran zu arbeiten. Gysi willigte ein und die „Stiftung Tagesspiegel" finanzierte den Start, hierbei half der Chefredakteur Hermann Rudolph. Erste Ergebnisse stellten wir noch 1991 auf einer internationalen Konferenz der Kommission zur Untersuchung des Reformprozesses der Jahre 1967/68 und seiner

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Unterdrückung der Nationalversammlung in der ČSFR vor, und zwar in Liblice, dem Ort der legendären Kafka-Konferenz von 1963. Die anwesenden Zeitzeugen waren die noch lebenden Akteure von 1968 wie zum Beispiel Alexander Dubček. Mit Vilém Prečan, dem Direktor des neu gegründeten Instituts für Zeitgeschichte, und Václav Kural, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Parlamentskommission, wurde eine Zusammenarbeit vereinbart, die zu einem von der VW-Stiftung geförderten gemeinsamen Forschungsvorhaben führte. Sein Ergebnis wurde in der Schriftenreihe des Forschungsverbundes SED-Staat 1996 veröffentlicht.

*H. S.: So weit sind wir noch nicht. Du warst doch einer der ersten Westdeutschen, der seine MfS-Akte einsehen konnte. Hast du damals bereits Joachim Gauck gekannt?*

M. W.: Ja, Joachim Gauck lernte ich über Klaus Richter kennen, er war sein Mitarbeiter als Volkskammerabgeordneter. Richter und ich gehörten zu einem Autorenteam, das eine Biografie über Havemann veröffentlichte. Gauck lud mich zu einem Gespräch ein, das er Ende 1991 zusammen mit seinem Direktor Hansjörg Geiger und dem Vorsitzenden des Deutschen Historikerverbandes, Wolfgang Mommsen, sowie Hermann Weber und anderen Historikern über die Aufgabe der künftigen Forschungsabteilung der Behörde führte. Hermann Weber vertrat entschieden den Standpunkt, dass Archive nicht forschen sollten. Konsens in der Runde war, die Überlieferung des MfS zeitnah historisch zu erschließen. Beeindruckend war die Vehemenz, mit der Mommsen die Besetzung der Abteilung durch Fachhistoriker einforderte, wenn es denn politisch sein müsse, dass eine solche Abteilung in dieser Archiv-Behörde eingerichtet wird.

So geschah es, doch zwischen dem Erkenntnisinteresse der eingestellten Fachhistoriker und dem Aufklärungswillen der Bürgerkomitees, die die MfS-Archivalien 1989/90 vor der Vernichtung bewahrt hatten, kam es bald zum Konflikt in der Forschungsabteilung. Jürgen Fuchs hat ihn in seinem Roman „Magdalena" festgehalten.

Unvergessen bleibt mir der 2. Januar 1992, der Tag, an dem die Behörde ihre Arbeit aufnahm und mir die über mich gesammelten MfS-Akten vorgelegt wurden. Ich saß zwischen Vera Wollenberger und Rainer Eppelmann und sah, wie bei Frau Wollenberger der Blitz einschlug, als sie die Spitzelberichte ihres Ehemanns über sich vor Augen hatte. Meine Akte war die eines Westberliners, also war die IM-Dichte, die mich „betreute", viel überschaubarer als die, mit der Rainer Eppelmann konfrontiert war, dem ich wenige Monate später als Vorsitzendem der Enquete-Kommission wieder begegnen sollte.

Die Stasi-Akten enthielten auch eine mir nicht mehr präsente Lebensverknüpfung mit ihm: In der Wohnung von Margret Frosch war ich anwesend, als sein Interview mit Robert Havemann 1981 für das ZDF aufbereitet wurde. IM „Christoph" hatte mitgeschrieben – Hans-Christoph Buchholz arbeitete damals als Praktikant in der Anwaltskanzlei von Otto Schily. Meine Lebensverknüpfung mit Jürgen Fuchs dokumentierten die Akten ebenfalls: Das MfS hatte sehr wohl registriert, wie eng unser Kontakt blieb und wie wir gemeinsam an der Vernetzung der künstlerischen und intellektuellen Opposition im sozialistischen Lager arbeiteten. Letzteres bezog das MfS auch auf meine Kontakte zum tschechoslowakischen Exil, zu Jiří Pelikán und Zdeněk Hejzlar, den Fernseh- und Rundfunkchefs im Prager Frühling. Beide hatten übrigens die Ehre, auf Breschnews Liste der sofort abzulösenden Kader zu stehen, als Dubček und die anderen das Moskauer Diktat im August 1968 unterschrieben.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Seit diesen Tagen hat mich das Schicksal dieser Behörde nicht mehr losgelassen; als Jürgen Fuchs aus Protest den Beirat verließ, wählte mich der Deutsche Bundestag zu seinem Nachfolger.

*H. S.: Dein Interesse galt aber in erster Linie der Überlieferung der SED?*

M. W.: Ja, denn sie war für die politische Geschichte der DDR entscheidend. Aber gemessen an dem öffentlichen Interesse an der MfS-Erbschaft blieben die Akten der SED, die doch Herrin über das MfS war, damals weitgehend unbeachtet. Die Volkskammer hatte nicht die Kraft, das Parteiarchiv der SED zu enteignen, Eigentümerin ist bis heute die PDS. Eine der vielen Grotesken des Einigungsprozesses betrifft auch dieses Archiv: Westdeutsche Juristen diskutierten ernsthaft, diese Überlieferung zu entmischen in einen Teil, der die Parteiangelegenheiten betraf, und in einen anderen, der die Staatsakten umfasste, die das Bundesarchiv verwalten sollte. Zu Recht protestierten Historiker gegen diesen Versuch, das Archiv zu zerstören. Offen blieb aber seine Zukunft und die Antwort auf die Frage, wer für die Kosten aufkommen sollte? Reflexartig bat die PDS-Spitze zunächst um sowjetische Hilfe, da der Inhalt des Archivs auch die Staatsinteressen der Sowjetunion berührte. Dann wurde die „Vereinigung der Arbeiterbewegung" auf Basis ihrer Archive bedacht, die Überführung der SED-Akten in das Archiv für Soziale Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung. In dieser öffentlich kaum beachteten Debatte vertraten Theo Pirker, Hans-Hermann Hertle und ich die Position: „Diktaturakten können nicht privatisiert werden!" Die dann zwischen dem damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble und dem Bundestagsabgeordneten Gregor Gysi ausgehandelte Lösung, eine Stiftung für die Überlieferungen der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv zu gründen, löste diese Frage und hat sich als tragfähig bewährt.

*H. S.: Mehrmals fiel schon der Name Theo Pirker, der dir als Freund und Kollege viel bedeutet hat. Wie stand er zur Gründung des Forschungsverbundes?*

M. W.: Er war für mich Lehrer und Freund. Der Streit um die SED-Akten war unsere letzte gemeinsame politische Aktion. Er gehörte zum Jahrgang 1922, der auf den Soldatenfriedhöfen des Zweiten Weltkrieges überrepräsentiert ist. Unumwunden bekannte er sich zu den Brüchen seiner Biografie: Das Arbeiterkind aus München war als Fallschirmjägeroffizier Soldat in Hitlers Eroberungskrieg, den er in Russland schwer verwundet überlebte. 1945 war er Mitbegründer des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, arbeitete unter Leitung von Viktor Agartz für den „Politischen Verband" DGB in dessen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut (WSI), stritt im Bunde mit der KPD gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und verlor im Zusammenhang mit der Kündigung von Agartz 1955 seinen Arbeitsplatz im WSI. Er brach mit Agartz, als dieser die 1956er Streiks in Posen auf Geheiß des FDGB, der seine Zeitschrift „WISO" mitfinanzierte, als subversive Aktion amerikanischer Agenten diffamierte. Für Pirker war besonders Deutschland mit den katastrophalen Weltkriegen, dem Verlust des „Reiches" und den Besatzungsherrschaften ein Land, in dem „Bruchbiografien" normal sind. Die Kontinuität in den Brüchen interessierte ihn besonders.

Als Journalist und freier Sozialforscher bereiste Pirker die Sowjetunion, den Iran und die Länder Asiens. Als er sich an der FU Berlin für eine Stelle als Gewerkschafts-

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

soziologe bewarb, fiel er durch, erfolgreich war er aber in seiner Bewerbung für den Lehrstuhl Methodenlehre. Auffällig häufig befanden sich unter Pirkers Mitarbeitern solche mit zweitem Bildungsweg. Für ihn war Soziologie eine Wirklichkeitswissenschaft von der Gesellschaft und somit undenkbar ohne deren historische und politische Dimension. Von einem politischen Soziologen verlangte er, dass er Konstellationen zu lesen versteht. Zwei Beispiele sollen illustrieren, was er darunter verstand: Erstens, in der Wahl des polnischen Papstes sah Pirker eine schwere Niederlage der Sowjetunion, denn „dieser Papst wird Breschnew Stalins Frage beantworten: Wie viele Divisionen hat der Papst?". Zweitens, als sich in der Nacht, in der Khomeini aus dem Pariser Exil nach Teheran zurückflog, parallel aus Westberlin einige Exil-Iraner auf den Weg in die Heimat begaben, um dort der „Volksrevolution" zum Sieg zu verhelfen, gab er wiederum eine Prognose ab. Beide Ereignisse wurden in einem Gesprächskreis diskutiert, der sich freute, dass die Freunde, die 1967 an der Anti-Schah-Demonstration in Berlin teilgenommen hatten, nun die Früchte ihrer Exiljahre ernten würden. Pirkers Lagebeurteilung hatte in dieser Nacht prophetische Kraft und war von seinem gänzlich unsentimentalen Realismus geprägt: „Was wisst ihr über den Iran? Wer von euch hat schon einmal versucht, mit einem Mullah zu diskutierten?" Das gestürzte Schah-Regime mit all seinen Folterkellern sei ein aufgeklärtes Regime gewesen gegenüber dem, was nun kommen werde. „Die Mullahs werden eure linken Freunde ohne großes Aufheben verhaften und erschießen." Die Gefährlichkeit der Mullahs liege in ihrem persönlichen spirituellen Zugang zu Allah, sie seien rationalen Argumenten in ihrem Fanatismus nicht zugänglich. – Betroffen schwieg die Runde.

*H. S.: Woher so viel Realismus?*

M. W.: Das Ende der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik, mit dem er zugleich die eigenen Hoffnungen auf eine solidarische Gesellschaft jenseits des Kapitalismus begrub, hat ihn zu einem aufklärerischen Einzelgänger werden lassen, der nur noch einen an Tatsachen orientierten Realismus gelten ließ. Das politische Handeln des Sozialwissenschaftlers sollte sich für Pirker in der Wahl seines Forschungsgegenstandes und in der öffentlichen Debatte vollziehen. Sein Urteil über die DDR stand seit langem fest, sie war Teil des sowjetischen Imperiums. Die entscheidende Voraussetzung für ihr Ende war für ihn auch nicht die friedliche Revolution in der DDR, sondern das Ende des sowjetischen Imperiums, das sie ermöglichte. Schon Ende 1975 hatte er in dem von Dutschke und mir herausgegebenen Band „Die Sowjetunion, Solschenizyn und die westliche Linke" eine Untersuchung über die Folgen gefordert, die der Stalinismus für die deutsche Arbeiterbewegung hatte. Für ihn stand außer Frage, dass die Aufarbeitung der zweiten Diktatur in Deutschland eine wissenschaftliche Herausforderung und eine politische Notwendigkeit im Vereinigungsprozess war. Darin waren wir uns einig. Unbeantwortet war die Frage, wie das geschehen sollte.

Pirker dachte an ein Institut für Zeitgeschichte II, eine Forderung, die angesichts der Gründung der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen chancenlos blieb. Im Vorfeld der Gründung des Forschungsverbundes SED-Staat kam es zwischen ihm und mir über dieses Vorhaben zum Konflikt. Er sah wohl, dass an der FU die DDR-Forschung wegbrach und dafür verantwortliche Professoren in andere Themenfelder wechselten. Der Idee des damaligen FU-Präsidenten Johann W. Gerlach, eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zu bilden, um die sich bietende Chance der Öffnung der Archive für die FU-Zeitgeschichtsforschung zu nutzen, betrachtete

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

er mit Skepsis. Er misstraute einem Projekt, das abhängig war von zufälligen Mehrheiten der Hochschulpolitik an der FU.

*H. S.: Was war deine Position in diesen Überlegungen?*

M. W.: Mich hatte Bernd Rabehl über das Vorhaben des Präsidenten informiert. Nachdem ich mein Interesse bekundet hatte, vermittelte er ein Gespräch mit Klaus Schroeder, der als Leiter der Arbeitsstelle Politik und Technik am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin eine solche vom Präsidenten gewünschte Arbeitsgruppe organisieren sollte. Auf meine Bereitschaftserklärung, mich an dieser Arbeitsgruppe DDR-Forschung zu beteiligen, folgten Gespräche mit dem Präsidenten Gerlach, der sich von den inneruniversitären Absagen, die er erhielt, nicht beirren ließ. Der Historiker Manfred Görtemaker, der auf eine Entscheidung über seine Berufung an die Potsdamer Universität wartete, war ebenfalls bereit, sich dem Vorhaben anzuschließen. Schroeder und ich waren uns einig, dass schon der Name der Arbeitsgruppe den Schwerpunkt und Neuansatz der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung an der FU verdeutlichen musste. Unser Vorschlag hieß „Forschungszentrum SED-Staat". Gerlach lehnte diesen Namen ab. Angesichts des interdisziplinären Charakters und seiner zeitlichen Begrenzung als Arbeitsgruppe, die direkt an das Präsidialamt angebunden war, sei der Name „Forschungsverbund" angemessener: „Ob ihr ein Zentrum werdet, müsst ihr erst noch beweisen". Anfang März 1992 wurde der Verbund offiziell gegründet und in einer Pressekonferenz von Gerlach, Görtemaker und mir öffentlich vorgestellt. Die Anwesenheit von Bärbel Bohley unterstrich unsere Position in der vor uns liegenden wissenschaftlichen Arbeit und der vorhersehbaren geschichtspolitischen Auseinandersetzung.

*H. S.: Der Name „SED-Staat" signalisierte, dass es bei diesem Neuansatz der DDR-Forschung vor allem auf die Auseinandersetzung mit der politischen Herrschaftsordnung der DDR, der kommunistischen Diktatur, und ihrer Trägerin, der Partei, ankam. War das eine in diesem Sinne bewusste Namensgebung, die sich auch dem damaligen Zeitgeist, der Fixierung auf die MfS-Akten, entgegenstellte?*

M. W.: Bei mir war das sicher so. Dies bringt auch das Grundsatzpapier zum Ausdruck, in dem wir uns ausdrücklich auf die Tradition einer linken bzw. marxistischen Kommunismusforschung bezogen, unter anderem auf Ossip K. Flechtheim sowie die Polen Jacek Kuroń und Karol Modzelewski, bei denen selbstverständlich die Kommunistische Partei und nicht ihr Staatssicherheitsdienst im Mittelpunkt ihrer Analysen stand.

*H. S.: Kurz danach beauftragte dich der Landtag Brandenburg auf Antrag der CDU-Fraktion mit der Durchsicht der SED-Akten zur Kirchenpolitik für den „Stolpe-Untersuchungsausschuss". Welchen Einfluss hatte das auf den Verbund?*

M. W.: Es war die praktische Bewährungsprobe und der äußere Anschub für unseren Forschungsverbund. Der Landtag Brandenburg musste 1992 einen Untersuchungsausschuss einrichten, der die MfS-Verstrickungen des Konsistorialpräsidenten der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Manfred Stolpe, beleuchten sollte. Er war der einzige SPD-Ministerpräsident einer Koalitionsregierung in den so genannten neu-

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

en Ländern. Das MfS hatte ihn unter dem Decknamen IM „Sekretär" geführt. Die CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg beauftragte mich, die SED-Akten zu dem Juristen im Kirchendienst zu sichten. Die BStU trug die unzähligen Treffberichte von IM „Sekretär" und seinen Führungsoffizieren zusammen. Die Personalakte von IM „Sekretär" gehörte zu denen, die die Tschekisten der DDR noch im Dezember 1989 vernichteten. Ich konzentrierte mich zunächst auf die apparative Struktur der SED-Kirchenpolitik und die Grundsatzentscheidungen des SED-Politbüros. Deren Durchsetzung innerhalb der Kirche musste nicht zuletzt deshalb dem MfS übertragen werden, da die Kirchen die einzigen Institutionen in der DDR waren, deren Personalpolitik von der SED nicht kontrolliert wurde. Schon im Sommer 1992 konnte ich dem Untersuchungsausschuss in Form des ersten Arbeitspapiers des Forschungsverbundes eine Dokumentation zur „SED-Kirchenpolitik 1953–1958" vorlegen; sie begann mit der Entscheidung der sowjetischen Führung vom Juni 1953, mit dem Neuen Kurs der SED zu verbieten, sich administrativ in die inneren Angelegenheiten der Kirchen einzumischen. Die Konsequenz dieser Linienänderung war eine Vereinbarung mit den Kirchen und die Etablierung einer Abteilung Kirche im ZK der SED samt ihrer Entsprechung beim MfS.

Der Versuch, mit dem Bundesbeauftragten Joachim Gauck eine gemeinsame Forschung zu verabreden, welche die kirchenpolitischen Aktivitäten des MfS mit der Politik des SED-Politbüros verknüpfte, scheiterte. Politikwissenschaftliche Diktaturforschung und das damals vorherrschende moralische Schwarz-Weiß-Schema von Tätern und Opfern ließ sich für den Bundesbeauftragten nicht vereinbaren. Der ehemalige Pfarrer scheute vielleicht auch die Antwort auf die Frage, wie weit sich seine eigene evangelische Kirche auch dieser Diktatur in Deutschland in weiten Teilen unterworfen hatte.[6]

*H. S.: Mich interessiert noch ein anderes Thema in diesem Zusammenhang. Im Rahmen deiner Arbeit für den Untersuchungsausschuss hat der Forschungsverbund doch auch Akten über die Interventionspolitik der SED in der polnischen Krise 1980/81 gefunden und publiziert. Geschah dies eigentlich im Einverständnis mit dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Lothar Bisky, damals Fraktionsvorsitzender der PDS im Brandenburger Landtag?*

M. W.: Als Peter Erler, Horst Laude und ich auf ein Gespräch zwischen Bischof Schönherr, Stolpe und dem Staatssekretär für Kirchenfragen aus dem Jahr 1980 stießen, in dem die Kirchenvertreter der DDR-Regierung versicherten, man habe nicht die Absicht, Polnisch zu lernen, und als in den MfS-Unterlagen der Auftrag an IM „Sekretär" vom Sommer 1981 auftauchte, er möge bei seinem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt aufklären, welche Position die Bundesregierung zu der erneuten Zuspitzung der polnischen Krise bezog, suchten wir systematisch nach SED-Akten zu Polen. Wir wurden fündig und vor unseren Augen lagen die Zeugnisse einer Interventionspolitik der SED gegenüber der polnischen Demokratiebewegung.[7] Die SED war offenbar bereit, erneut deutsche Soldaten mit Kampfauftrag

6 Siehe dazu auch den Beitrag „Die Diktaturkader André Brie, Gregor Gysi, Lothar Bisky und das MfS" in diesem Band.

7 Siehe den Beitrag „Die Solidarność und die SED" in diesem Band.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

nach Polen zu schicken. Im Gegensatz zur CDU-Fraktion im Landtag, die diesen Fund gelassen entgegennahm, waren sich Lothar Bisky ebenso wie Günter Nooke von der Fraktion Bündnis 90 der Tragweite sofort bewusst. Bisky entschied, dass die Dokumente – mit Ausnahme jener, die den Fall IM „Sekretär" direkt betrafen – vom Forschungsverbund in Form eines Arbeitsheftes veröffentlicht werden können. Er war auch damit einverstanden, dass FU-Präsident Johann W. Gerlach die Dokumente einem Vertreter der Solidarność und dem Gesandten der Republik Polen, Jerzy Sułek, seitens der FU offiziell übergab.

Nach der Präsentation dieser Dokumente hielt es die SPD-Fraktion im Landtag für geboten, meine Tätigkeit als Sachverständiger für den Untersuchungsausschuss zu beenden. Die Weiterarbeit, die sich auf das Staat-Kirche-Gespräch von 1978 konzentrieren sollte, wurde von Günter Nooke und Lothar Bisky durchgesetzt – auf den ersten Blick eine unnatürliche Koalition, die erklärt werden muss. Meine Motivation, wie auch die von Nooke, war klar: Die IM-Problematik musste eingeordnet werden in die SED-Kirchenpolitik, sie setzte den diktatorischen Rahmen. Der Weg, den Gerhard Besier damals ging, sich bei den MfS-Verstrickungen von Christen auf das moralische Problem des Glaubensverrats zu konzentrieren, war nicht meiner. Mir ging es vor allem um die Aufklärung der Kirchenpolitik der Diktaturpartei. Lothar Bisky hatte im Fall der Polen-Akten klug reagiert, der historischen Aufarbeitung wollte er sich nicht offen in den Weg stellen; seine Entscheidung folgte einer strategischen politischen Option. Der PDS-Politiker sollte im Ergebnis des Untersuchungsausschusses den IM „Sekretär" des MfS in eine Fiktion der Staatssicherheit auflösen, um den Ministerpräsidenten von dem IM-Makel zu entlasten. Wir sprachen offen über unsere entgegengesetzten Motivationen, die sich aber in der Überzeugung der Notwendigkeit trafen, die SED-Kirchenpolitik zu dokumentieren, die 1978 das Staat-Kirche-Verhältnis im Geist der „Kirche im Sozialismus" neu regelte. Der Kernsatz unseres Gesprächs lautete sinngemäß: Je mehr Dokumente Wilke findet, die die Verstrickung des Konsistorialpräsidenten Stolpe mit der Politik der SED belegen, umso höher wird der politische Preis, den die SPD der PDS für die Entlastung Stolpes zu zahlen hat. Der Preis wurde bezahlt, und mit dem Untersuchungsausschuss begann die Rückkehr der SED-Fortsetzungspartei in die Regierungsverantwortung in ihren „Stammlanden" mit Hilfe der SPD. Bisky, der die Mechanismen der SED-Herrschaft als Nomenklaturkader kannte, war wenig überrascht, dass in den von Michael Kubina und Martin Goerner zusammengetragenen Akten über das Staat-Kirchen-Gespräch sehr deutlich das unterschiedliche Gewicht von SED-Akten im Vergleich zu denen des MfS sichtbar wurde. Das MfS hatte in der Kirche vor dem Gespräch Aufklärungsarbeit zu leisten, bei der die Quelle IM „Sekretär" selbstverständlich zuständig war für die Auswertung der innerkirchlichen Ergebnisse. Die Agenda des Gesprächs bestimmte das für die Kirchenpolitik zuständige Politbüro-Mitglied Paul Verner, auf der Arbeitsebene waren Stolpe für den Bund der Evangelischen Kirchen und der Abteilungsleiter für Kirchenfragen im ZK-Apparat zuständig.

Aus dieser Arbeit für den brandenburgischen Untersuchungsausschuss entstand ein DFG-Projekt zur SED-Kirchenpolitik der Jahre 1945 bis 1958. Projektmitarbeiter war Martin Goerner, der mit seinem Forschungsbericht an der Universität Potsdam von Manfred Görtemaker promoviert wurde.

*H. S.: Wie weit überschnitt sich deine Tätigkeit für den Untersuchungsausschuss des Brandenburger Landtags mit der als Sachverständiges Mitglied in der Enquete-Kom-*

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

*mission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", in die dich der Bundestag berufen hatte?*

M. W.: Die Arbeit für den Untersuchungsausschuss in Brandenburg hatte gerade begonnen, als mich die ehemalige Ministerin für Innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, als Obfrau der Unions-Fraktion in dieser Kommission fragte, ob ich bereit sei, als Sachverständiger für ihre Fraktion mitzuarbeiten. Nach meiner Zusage wurde ich vom Deutschen Bundestag berufen. Die erste Entscheidung, an der ich beteiligt war, betraf den Namen der Enquete-Kommission. Ich unterstützte den Antrag des FDP-Obmannes Dirk Hansen, der eine Namensergänzung in Form einer territorialen Zuordnung der SED-Diktatur „in Deutschland" forderte. Dem stimmte die Kommission zu. Mit Martin-Michael Passauer, dem Vorsitzenden Rainer Eppelmann, dem SPD-Obmann Markus Meckel und dem geistigen Vater der Kommission, Martin Gutzeit, saßen in ihr vier evangelische Pfarrer, die auch die SED-Kirchenpolitik als Themenfeld vorgesehen hatten. Insofern waren die Erkenntnisse aus den SED-Akten, die für den Landtag Brandenburg erhoben worden waren, eine wichtige Quelle für die Arbeit der Kommission, die Goerner und Kubina in einer in die Materialien aufgenommenen Expertise systematisierten. Diese Enquete-Kommission verstand sich als ein „gesamtdeutsches Pilotunternehmen", was im Themenfeld Kirche geradezu exemplarisch praktiziert wurde. Diese Arbeitsgruppe wirkte in großem Einverständnis zusammen, was nicht zuletzt an ihrem Sekretär Peter Maser lag, einem Mann mit „doppeltem Film", der in Bad Kösen aufwuchs, in der DDR studierte und 1977 in den Westen übersiedelte. Das interne Motto der Arbeitsgruppe lautete: Die Kirchen leben als Institution weiter und sind für die Gesellschaft Deutschlands unverzichtbar. Somit bedarf es eines differenzierten Bildes kirchlichen Lebens in der DDR, das nicht allein von den Spitzelberichten des MfS und der Unterwerfungspolitik der SED bestimmt sein darf. Die Bedeutung der Kirchen im geteilten Deutschland als Klammer zwischen West und Ost, um das Auseinanderdriften der Deutschen als Volk einzugrenzen, wurde im Bericht der Kommission ausdrücklich hervorgehoben.

*H. S.: Die Enquete-Kommission hat aber auch Vertreter der polnischen und tschechoslowakischen Opposition gehört?*

M. W.: Es war den Bürgerrechtlern in der Kommission wie Gerd Poppe, Stephan Hilsberg, Markus Meckel und mir ein Bedürfnis und Gebot der historischen Wahrheit, die Vertreter des Prager Frühlings, der Charta 77 und der polnischen Solidarność einzuladen, um den Beitrag der ostmitteleuropäischen Opposition für die Überwindung der Spaltung Deutschlands zu würdigen.[8]

*H. S.: Hat der Forschungsverbund nicht noch weitere Expertisen für diese Kommission geliefert? Etwa über die Westarbeit der SED und die Gründung der DKP, dargestellt aus den Akten des SED-Politbüros?*

8 Siehe den Beitrag „Die deutsche Einheit und die Geschichtspolitik des Bundestages" in diesem Band.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

M. W.: Das ist richtig. Jochen Staadt schrieb eine erste Analyse der SED-Westarbeit nach dem Mauerbau, und Hans-Peter Müller erarbeitete die von dir genannte Analyse, die eindrücklich klarstellte, dass die DKP für die SED ihr legaler Interventionsapparat in der Bundesrepublik war. In diesem gesamtdeutschen Zusammenhang muss noch eine andere Expertise erwähnt werden, die von Hans-Hermann Hertle über den Mauerfall, um deren Durchsetzung ich mich in der Kommission besonders intensiv bemühte, war doch der Mauerfall für mich der Anfang des Vereinigungsprozesses.[9]

*H. S.: In der Kommission wirkten doch auch die Altmeister der SED- und DDR-Forschung, Karl Wilhelm Fricke und Hermann Weber, mit. Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit ihnen?*

M. W.: Beide genossen auf unterschiedliche Weise parteiübergreifende Autorität. Fricke war als Parteiloser von der Unionsfraktion nominiert worden. Sein Wort zählte nicht nur in MfS-Fragen – er war mehr, er war eine moralische Autorität, ein Unbestechlicher. Unvergessen der Moment, als wir beide im Zuchthaus Waldheim nebeneinander standen, in dem sein Vater Anfang der fünfziger Jahre in der Haft gestorben war. Weber, der Chronist der DDR, war dagegen die fachliche Autorität in allen Fragen, welche die SED und die DDR-Geschichte betrafen. Er blühte auf, wann immer er den „gelernten DDR-Bürgern" die Geschichte dieses Teilstaates erklären konnte, die ihnen die SED mit ihren Legenden verstellt hatte, die zu entschlüsseln sein Lebenswerk war. Er genoss den Lohn seiner Mühe. Die Gemeinsamkeiten in puncto SED waren groß, Streitpunkt war dagegen die innerdeutsche Politik der SPD nach den Ostverträgen.

Webers Widerpart war Alexander Fischer, der ebenfalls von der CDU/CSU-Fraktion als Sachverständiger für die Kommission gewonnen wurde und an den ich erinnern möchte. Der Osteuropahistoriker besaß auch den „doppelten Film" im Kopf: Er begann beruflich als Russischlehrer in der DDR und floh im Zusammenhang mit der Verfolgung der Jungen Gemeinde Anfang der fünfziger Jahre in den Westen. Sein Verdienst in der Kommissionsarbeit bestand vor allem darin, dass er die SED-zentrierten Ausführungen des Sozialdemokraten Weber um die sowjetischen Bezüge der SED-Politik ergänzte.

*H. S.: Du hattest doch auch von Anfang an mit der Gründung der Gedenkstätte Hohenschönhausen zu tun?*

M. W.: Das ist richtig, der Berliner Kultursenator beauftragte Stefan Wolle, Siegfried Suckut und mich, eine Konzeption für die künftige Gedenkstätte zu schreiben, was wir auch taten. Seit Gründung der Gedenkstätte bin ich Mitglied des Beirats.

*H. S.: Du hast auch der zweiten Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit", die 1995 vom Deutschen Bundestag eingesetzt wurde, als sachverständiges Mitglied angehört. Was unterschied sie von der ersten?*

9 Siehe den Beitrag „Die bundesdeutschen Parteien und die demokratische Revolution in der DDR" in diesem Band.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

M. W.: Das Untersuchungsprogramm der ersten Enquete-Kommission hatte inhaltlich zwei Schwerpunkte: der eine betraf die Täter-Opfer-Beziehung in der Diktatur und der zweite konzentrierte sich auf die innerdeutsche Politik der Bonner Republik. In dieser Hinsicht erwies sich die von Dirk Hansen durchgesetzte Ortsbestimmung „in Deutschland" als ausgesprochen hilfreich, um etwa das Thema „SED-Westarbeit" überhaupt in die Verhandlungen der Kommission einzubringen und damit die SED als gesamtdeutsche Akteurin wahrzunehmen. Die zweistaatlich geprägten Erfahrungen und Wahrnehmungshorizonte waren in der Arbeit der ersten Kommission massiv spürbar, als es um die innerdeutsche Politik zwischen beiden Staaten ging, als vor allem die Sachverständigen Hans-Adolf Jacobsen und Alexander Fischer, unterstützt von der faktischen Leiterin des Kommissionssekretariats Marlies Jansen, die Einbeziehung der weltpolitischen Konstellation in die Betrachtung der innerdeutschen Politik durchsetzten.

Die zweite Enquete-Kommission sollte sich nun neben der Bilanz der rechtlichen Aufarbeitung der Diktatur und der Rehabilitierung ihrer Opfer mit zwei für den Vereinigungsprozess weiterhin wichtigen Themen befassen: zum einen mit der Geschichte der DDR-Wirtschaft einschließlich der wirtschaftspolitischen Entscheidungen der letzten SED-Regierung unter Ministerpräsident Modrow und zum anderen mit dem „geteilten Deutschland im geteilten Europa". Selbstkritisch räumte Markus Meckel Jahre später ein, dass wir uns in der Kommission viel zu wenig mit den internationalen Abhängigkeiten deutscher Politik während der Teilung befasst hätten. Schon in der ersten Kommission war das Urteil über den SED-Staat konfrontiert worden mit der Frage nach dem „eigenen Handlungsspielraum" der SED gegenüber der imperialen Vormacht Sowjetunion. Es gab außerdem die Position, den sowjetischen Einfluss nicht zu überhöhen, um damit die Verantwortung der deutschen Kommunisten für ihre Diktatur in der DDR nicht zu relativieren.

Eine rein moralische Betrachtung der Außenpolitik beider Teilstaaten verbot sich, da ihre Staatsräson bestimmt wurde von der Systemgrenze des Ost-West-Konflikts, der nach dem Untergang des Deutschen Reiches und dem Verlust der nationalstaatlichen Souveränität der Deutschen 1945 die beiden Teilstaaten konstituierte. Erst als das sowjetische Imperium in seine finale Krise eintrat, eröffnete sich die Chance für die friedliche Revolution in der DDR, die Einigungspolitik der Bundesrepublik und damit für die Zurückgewinnung der Einheit und Souveränität eines im europäischen Einigungsprozess verankerten Deutschlands. Die Kommission öffnete somit den Blick für die internationalen Zusammenhänge des Endes der SED-Diktatur und der deutschen Vereinigung. Sie würdigte die Bedeutung der sowjetischen Reformpolitik von Generalsekretär Michail Gorbatschow, unterstrich den Anteil der Reformprozesse in Polen und Ungarn und hob die entscheidende Bedeutung der amerikanischen Hilfe für die Vereinigungspolitik von Bundeskanzler Helmut Kohl hervor. Die inhaltliche Arbeit dieser Kommission fand übrigens weit weniger Beachtung in der Öffentlichkeit als die ihrer Vorgängerin. Für mich war diese Arbeitsgruppe der Kommission von besonderer Bedeutung und die enge Zusammenarbeit mit Hans-Adolf Jacobsen, der immer auf der Beachtung der unterschiedlichen Wahrnehmung der beteiligten Akteure bestand, mit Karl Wilhelm Fricke und Marlies Jansen, deren Stil diesen Berichtsteil prägte, waren intellektuelles Vergnügen und Erweiterung des Horizonts in einem.

Die Kommission leistete zwei wichtige Beiträge für die Behandlung der nationalsozialistischen und der kommunistischen Diktatur in der republikanischen Er-

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

innerungskultur. Der Bundestag beauftragte sie, eine Gedenkstättenkonzeption zu erarbeiten, in der jene Gedenkstätten beider Diktaturen bestimmt wurden, die von gesamtstaatlicher Bedeutung sind und dauerhaft durch den Bund gefördert werden sollen. In diesem Zusammenhang formulierte die Kommission einen zentralen Grundsatz für den Umgang mit beiden Diktaturen: Die Verbrechen der einen dürfen die der anderen weder relativieren noch bagatellisieren.

Um den Prozess der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte zu verstetigen, organisierten Hartmut Koschyk (CSU) und Markus Meckel (SPD) eine breite parlamentarische Mehrheit für die Gründung einer „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur". Das Bundeskanzleramt unterstützte diese Initiative und im Zusammenhang mit dem Schlussbericht der Kommission wurde das Gesetz zur Gründung dieser Stiftung vom Parlament verabschiedet; ich wurde vom Bundestag in den Stiftungsrat gewählt.

*H. S.: Und zwar mit deiner inzwischen wohl bekannten Biografie. Kommen wir also noch einmal zur ersten Frage zurück: Was bewog dich 1998 noch in die CDU einzutreten?*

M. W.: Vor dem Eintritt stand der Austritt. Er erfolgte 1994 aus der SPD, der ich über drei Jahrzehnte angehörte. Nachdem die von Bisky geführte Mehrheit im Untersuchungsausschuss des Landtages Brandenburg den Juristen im Kirchendienst Stolpe vom Vorwurf freisprach, als IM „Sekretär" dem MfS zu Diensten gewesen zu sein, war für mich klar, dass es über kurz oder lang in Ostdeutschland zu rot-roten Landesregierungen kommen würde. Damals war die PDS dezidiert eine Partei der inneren Spaltung. In ihrem Parteiprogramm von 1993 stand ganz klar, sie wolle die „Verwestlichung des Ostens" verhindern, und dementsprechend schürte sie in ihrer politischen Agitation die im Vereinigungsprozess unvermeidlichen Ost-West-Konflikte. Die demokratischen Parteien blieben diesem Spiel gegenüber in der Kommunikation defensiv und hilflos. Das lag an den Ambivalenzen des Vereinigungsprozesses, der einerseits die Zerstörung der Institutionen der SED-Herrschaft zur Voraussetzung hatte und anderseits die Integration der SED-Fortsetzungspartei in das gesamtdeutsche Parteienspektrum gebot. Längst war mir klar, dass es bei allen Irrtümern und Brüchen meiner eigenen Biografie eine Konstante gab, das war die Lösung der deutschen Frage in meiner Zeit, das heißt: die Einheit Deutschlands als souveräner Nationalstaat. Die Distanz zur SPD und der Ideologisierung ihrer Ostpolitik wuchs bei mir in den publizistischen und politischen Konflikten um die DKP-Gewerkschaftspolitik und in der Auseinandersetzung um den NATO-Doppelbeschluss bis hin zum SED-SPD-Papier, das ich als kurzsichtige geschichtslose Realpolitik öffentlich geißelte. Der PDS nach dem Ende des SED-Staates hinterherzulaufen, obwohl – wie Stephan Hilsberg und Markus Meckel richtig diagnostizierten – dies auf eine Schwächung der SPD im Osten hinauslief, dies wollte ich nicht mehr mittragen. Ich hatte nicht vergessen, welche Partei mich als Sachverständigen für die Enquete-Kommission nominiert hatte, und auch in der konkreten Kommissionsarbeit wuchs meine Nähe zu Unionspolitikern.

Das Gelingen der friedlichen Revolution in der DDR war auch Ergebnis der Vereinigungspolitik der Regierung Kohl.[10] Hertles Expertise über den 9. November 1989

10 Siehe den Beitrag „Der Mauerfall am 9. November 1989 und der Beginn der Vereinigungspolitik von Bundeskanzler Helmut Kohl" in diesem Band.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

zeigte in aller Deutlichkeit die Dramatik eines unkoordinierten Interaktionsmusters zwischen der Bürgerbewegung in der DDR einerseits, der das Verdienst der friedlichen Revolution als kollektiver Akteur gebührt, und der Bundesregierung andererseits, die durch die Flüchtlinge aus der DDR Stück um Stück ihr deutschlandpolitisches Mandat in der internationalen Politik zurückgewann.
Fünf Jahre nach dem Ende der DDR besuchte Bundeskanzler Kohl Bärbel Bohley und weitere Bürgerrechtler. Es ging noch einmal um die Vereinigung, aber vor allem um das Bewahren des Erbes der friedlichen Revolution angesichts des Wiedererstarkens der PDS in Ostdeutschland. Die Union als Partei der Einheit vergewisserte sich ihrer historischen Bündnispartner von 1989, ohne die sie niemals diese Rolle hätte spielen können. Im Vorfeld des Treffens wurde ich seitens des Kanzleramtes befragt, ob man Jürgen Fuchs dazu laden solle, was ich mit Nachdruck befürwortete. Das Neue Forum mit seiner Frontfrau Bärbel Bohley, nicht jedoch die Block-CDU, wagte den Aufbruch gegen die SED im Herbst 1989. Diese Rolle würdigte Helmut Kohl mit seinem Besuch und bot diesem antitotalitären Teil der Bürgerrechtler eine politische Heimat in der Union. 1998, als die Demoskopen bereits frühzeitig die Wahlniederlage der Union prognostizierten, war es der sächsische Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz, der noch einmal unter den Bürgerrechtlern dafür warb, mit ihrem Eintritt in die CDU ein Zeichen zu setzen gegen mögliche rot-rote Landesregierungen. Im Rahmen dieser Werbeaktion sprach er auch mich an, da meine Biografie ja untrennbar mit der Geschichte der DDR-Opposition verbunden sei. Zu denen, die auf dem Bremer Parteitag 1998 in die CDU eintraten, gehörte auch Thomas Auerbach. Dieser ehemalige Jugendvikar aus Jena, der 1976 nach der Biermann-Ausbürgerung verhaftet und vom „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus" betreut wurde, verlas die Begründung für unseren Eintritt. Sie hat für mich bis heute Bestand.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.

Der SED-Staat downloaded from www.vr-elibrary.de by Stefan Lemke on April, 29 2022
For personal use only.